Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz | www.gew-rlp.de

GEW - Zeitung Rheinland-Pfalz

01+02/2023

Foto: iStock-gorodenkoff

Schwerpunkt Fachtagung der GEW „Schule mit Zukunft“ (S. 6 - 12)

Anders lehren und lernen – Denkanstöße für die Schule von morgen

Apologie der frühen Auslese

von Günter Helfrich

Endlich wieder da. Nach zwei Monaten ohne unsere GEW-Zeitung war diese Doppel-Ausgabe bereits Anfang Januar im Netz zu lesen und hat jetzt im folgenden Monat die Briefkästen unserer Mitglieder erreicht. Danach gibt es gleich drei Monate hintereinander Lesestoff aus Rheinland-Pfalz, was uns genauso fordert wie die Phase, in der wir nur wenig Platz für unsere Nachrichten hatten.

Aber das kennen Redakteur:innen halt: entweder man hat zu viel oder zu wenig Material; das richtige Maß trudelt selten ein. Und was ist nun schwieriger? Eindeutig fehlender Raum für oft mit viel Herzblut geschriebene Artikel, die dann gekürzt werden müssen oder gar nicht erscheinen können. Fehlen dagegen Beiträge, so lässt sich auf verschiedenen Kanälen rasch Ersatz finden. Allein das Durchblättern der anderen GEW-Landeszeitungen bietet vielfältige Anregungen, und ein „Blick über den Zaun“ ist immer mal interessant.

Oft interessante, kompakte Beiträge bietet der kostenlos im Internet zu abonnierende „Bildungsklick“, eine Art Presseagentur mit Berichten aus unserem Tätigkeitsfeld. Dabei müssen allerdings ganz genau die Quellen der offerierten Beiträge beachtet werden: Während Gewerkschaftszeitungen für uns immer eine unbedenkliche Quelle sind, gibt es im Bildungsklick auch publizierende Gruppierungen, die unseren Grundideen diametral entgegenstehen.

Zum Beispiel die Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen e. V. BIDS

Ja, eine Gruppierung mit obigem Namen gibt es wirklich neben den uns bekannten Apologeten des gegliederten Bildungswesens wie rechte Parteien oder manche konservative Beamtenbündler:innen. Aber anscheinend sind diese nicht radikal genug für frühe Auslese, sodass sich die „Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen e. V. BIDS“ gründen musste. Von diesem Verein war Ende vergangenen Jahres eine Meldung zu lesen, die für sich spricht und eigentlich gar nicht kommentiert werden muss. So heißt es: *„Die Bildungsmissstände in manchen Ländern werden noch verschärft, indem man die Realschulen zugunsten von Gemeinschaftsschulen auflöst. Der Vorwand, dadurch soziale Unterschiede auszugleichen, ist so hanebüchen wie arrogant, so Waltraud Eder, die Bundesvorsitzende der Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen.“*

Wirklich hanebüchen und arrogant ist die Unterstellung, Befürworter von Gemeinschaftsschulen nutzten das Ziel des Ausgleichs sozialer Unterschiede als Vorwand. Vorwand wofür? Das wird nicht gesagt. Die Leserschaft soll sich ihren anachronistischen Reim darauf machen. Das uralte Muster: Gemeinschaftsschulen = Einheitsschule = Einheitsdenken = Kommunismus!

In der PM heißt es dann weiter: *„Eder, die selbst Realschuldirektorin und Vorstandsmitglied des Deutschen Realschullehrerverbandes ist, findet es schier unerträglich, dass hervorragende Realschulen geopfert werden, um Bildungsideologen freie Hand zu lassen. ´Die Realschulen leisten eine ausgezeichnete Arbeit. Dass Eltern mit ihren Kindern an die Gemeinschaftsschulen strömen, liegt in Nordrhein-Westfalen in erster Linie an der Tatsache, dass viele Gemeinschaftsschulen ihre Türen zur Anmeldung früher öffnen dürfen als Schulen der reinen Schularten. Welche Möglichkeit einer guten Bildung hätten denn die Eltern sonst, als der Gleichmacherei zu folgen?`, möchte Eder wissen.*

Aha, die Eltern sind wohl blöd und schicken ihre Kinder in großer Zahl an eine schlechtere Schulart, nur weil diese „ihre Türen zur Anmeldung“ früher öffnen dürfen. Nein, die Eltern sind das Gegenteil von blöd, denn sie schicken ihre Kinder (soweit sich diese überhaupt schicken lassen) dorthin, wo längeres gemeinsames Lernen möglich ist und Bildungswege damit länger offenbleiben. In Rheinland-Pfalz zeigt sich das seit Jahrzehnten an den Integrierten Gesamtschulen. Schon erschreckend: Da ist „Bildungsideologen“ ein Schimpfwort (für andere, nicht für sich selbst, wie es angebracht wäre) und spricht man von „reinen Schularten“! Die Gemeinschaftsschule, die unreine Schulart. Nicht zu fassen.

So geht das dann noch viele Zeilen weiter. Aber für solch ein reaktionäres Geschwätz wollen wir unseren Platz nicht weiter opfern. //

GEW fordert Besoldungsanpassung für Beamt:innen

Unter den verbeamteten Lehrkräften des Landes rumort es. Seitdem die hessische Landesregierung angekündigt hat, dass sie ihre Beamtinnen und Beamten besser bezahlen will, nimmt die Unzufriedenheit an der Besoldungspolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung zu. So erhielt die GEW in den letzten Wochen des vergangenen Jahres zahlreiche Schreiben, in denen sich u.a. angehende Lehrkräfte über die Benachteiligungen auf ihre Besoldung im Vergleich zum Land Hessen beschweren.

„Rheinland-Pfalz muss aufpassen, dass ihm nicht gut ausgebildete Fachkräfte in benachbarte Bundesländer abwandern," warnt der GEW-Vorsitzende Klaus-Peter Hammer. Die Unterschiede in der Besoldungshöhe seien schon jetzt eklatant und führten in der Folge nicht nur zu extremer Unzufriedenheit, sondern auch zu konkreten Überlegungen von Lehrkräften, lieber in Hessen oder in Baden-Württemberg zu arbeiten, das heißt abzuwandern. Verschärfend kommt aus Sicht der GEW hinzu, dass spezifische rheinland-pfälzische Regelungen, wie etwa die Kostendämpfungspauschale, mit der das Land seine Beamtinnen und Beamten an den Gesundheitskosten beteiligt, weitere Nachteile für die Betroffenen bringen. GEW-Chef Hammer sagt: „Wir sehen dringenden Handlungsbedarf und fordern die Landesregierung auf, diese Kritik ernst zu nehmen. Das Land sollte analog der hessischen Regelung verfahren, die eine Erhöhung der Besoldung vorsieht, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dies ist dringend notwendig, damit von Rheinland-Pfalz ausgebildete und dringend benötigte Lehrkräfte ihren Dienst in unserem Bundesland beginnen und auch bleiben. Ein ‚Weiter so, es ist ja alles nicht so schlimm', ist aus Sicht der GEW nicht mehr zu akzeptieren", so der Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer. //

Nachhaltige Unterstützung für Beschäftigte im Bildungs- und Wissenschaftsbereich nötig

Die GEW Rheinland-Pfalz fordert die Finanzministerin Doris Ahnen auf, in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) dafür zu sorgen, dass auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst entlastet werden. Die Politik ermöglicht Sonderzahlungen für die Beschäftigten in zahlreichen Betrieben und sollte hierbei auch die Arbeitnehmer:innen im öffentlichen Dienst nicht vergessen.

„Die Landesregierung freut sich über jeden Betrieb, der seine Beschäftigten in diesen Zeiten nicht alleine lässt, und vergisst aber, dass auch sie Arbeitgeber:in ist und Verantwortung trägt," sagte Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz, Ende vergangenen Jahres in Mainz. „Ich befürchte ein ‚Weglächeln' der Problematik durch die Politik bis zur nächsten Tarifrunde der Länder Ende 2023. Die Verantwortlichen hoffen offensichtlich, dass alles besser wird und sich die Lage entspannt. Unsere Kolleg:innen stehen jetzt vor finanziellen Problemen und brauchen eine Unterstützung."

Insbesondere die unteren und mittleren Entgeltgruppen gerieten bei den gestiegenen Verbraucherpreisen immer mehr in Bedrängnis. „Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die ihren Dienst an der Gesellschaft leisten, dürfen keine Existenzängste haben", so Hammer.

Ebenso müsse ein verhandeltes Ergebnis im Anschluss dann auch auf die Beamt:innen und die Versorgungsempfänger:innen übertragen werden. „Wir werden es nicht zulassen, dass mit einer Maßnahme für eine Berufsgruppe etwas getan wird und andere vergessen werden. Eine Spaltung, wie sie in anderen Ländern gerade auf den Weg gebracht wurde, wird mit uns nicht möglich sein," spielte Hammer auf Länder an, die lediglich eine Erhöhung der Beamtenbesoldung umsetzen. //

Klaus-Peter Hammer

Foto: GEW

Zähes Ringen um Enquete-Kommission zur UN-Behindertenrechtskonvention

von Dr. Brigitte Schumann

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen haben Mitglieder des Deutschen Bundestages eindringlich aufgefordert, eine Enquete-Kommission einzurichten, die Ziele und Wege für eine menschenrechtskonforme Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) erarbeitet.

Foto: privat

Am 5. Mai 2022, dem Europäischen Protesttag der Menschen mit Behinderungen, hat sich auch das Bündnis „Eine für alle - die inklusive Schule für die Demokratie“ gegenüber den Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag schriftlich für eine Enquete-Kommission eingesetzt. Dem Bündnis gehören die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. (GGG), der Grundschulverband e.V. (GSV), die Aktion Humane Schule, das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ und der Verein „Politik gegen Aussonderung- Koalition für Integration und Inklusion“ e.V. an.

Konventionswidrige Umsetzung

Das Bündnis kritisiert, „dass mit der konventionswidrigen Einführung des sog. Elternwahlrechts das segregierte Förderschulsystem sich erhalten kann und sogar ausgebaut wird“. Inklusive Schulentwicklung werde nur vorgetäuscht. Der Anstieg der Inklusionsquoten sei darauf zurückzuführen, dass bei immer mehr Kindern im allgemeinen Schulsystem ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wird. Er gehe nicht mit einer Verminderung der Exklusionsquoten einher, wie die UN-BRK es fordert. Die Fehlentwicklung ist aus Sicht des Bündnisses „auch darin begründet, dass die Bundesländer in dem Widerspruch verharren, inklusive Bildung in einem Schulwesen zu realisieren, das auf Leistungshomogenität und Leistungsselektion angelegt ist“.

Versagen der Bundesregierung

Hintergrund für den Appell an den Bundestag ist das Versagen der Bundesregierung. In Artikel 4 UN-BRK hat sich die Bundesregierung mit der Ratifizierung der UN-Konvention dazu verpflichtet, „Handlungen oder Praktiken, die mit diesem Übereinkommen unvereinbar sind, zu unterlassen und dafür zu sorgen, dass die staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit diesem Übereinkommen handeln“.
In der Amtszeit von Angela Merkel hat die Bundesregierung genau dies nicht getan und damit gegen die Konvention verstoßen. Sie hat alle völkerrechtlichen Hinweise ignoriert und die Umsetzung der UN-BRK den Bundesländern überlassen, die sich ihrerseits in der Kultusministerkonferenz (KMK) schon 2010 konventionswidrig für den Strukturerhalt des selektiven und segregierten Schulwesens entschieden hatten. 2015 hatte der zuständige UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) in seinen Empfehlungen zum ersten Staatenbericht Deutschlands auf die Gesamtverantwortung der Bundesregierung für die Implementierung des Übereinkommens ausdrücklich hingewiesen. Bezogen auf die Umsetzung von Artikel 24 mahnte er an, „im Interesse der Inklusion das segregierte Schulwesen zurückzubauen“. Ebenfalls 2015 hat der UN- Fachausschuss in seinem Kommentar zum Recht auf inklusive Bildung zudem eindeutig klar gemacht, dass es kein Elternwahlrecht gibt und der Erhalt des Förderschulsystems nicht mit der Konvention vereinbar ist. Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention am Deutschen Institut für Menschenrechte verweist regelmäßig in ihrer Funktion als unabhängige Beratungsstelle für die Umsetzung der UN-BRK auf die eklatanten Umsetzungsdefizite in den Bundesländern.

Bundestag in der Verantwortung

Es gibt keine Hinweise, dass die jetzige Bundesregierung unter dem Druck multipler Krisen sich auch noch mit der KMK und den Bundesländern über die menschenrechtskonforme Umsetzung der UN-BRK auseinandersetzen will, zumal die FDP als Koalitionspartner entschieden für den Erhalt des Förderschulsystems eintritt. Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der Legislative, mit einer geeigneten politischen Initiative endlich die Weichen für eine menschenrechtliche und bildungspolitische Kurskorrektur zu stellen.
Die Enquete-Kommission gibt die Möglichkeit dazu. Nach § 56 seiner Geschäftsordnung kann der Bundestag „zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“ eine Enquete-Kommission einrichten. Menschenrechtsexpert:innen, Vertreter:innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich schulischer Inklusion können der Politik wegweisende Impulse und Handlungsstrategien für Umsetzungsschritte liefern.

Noch keine Einigung im Bundestag

Von den Fraktionen CDU, FDP und Die Linke liegen dem Bündnis auf die Forderung nach einer Enquete-Kommission keine Antworten vor. Bei CDU und FDP darf angenommen werden, dass sie damit ihr politisches Desinteresse an der Auseinandersetzung über eine menschenrechtskonforme

Foto: GEW-Archiv

inklusive Schulentwicklung ausdrücken. Im niedersächsischen Landtagswahlkampf haben beide Parteien mit dem Erhalt des Förderschulsystems zu punkten versucht. Die CDU schreckte nicht davor zurück, dass Argument des Kindeswohls missbräuchlich gegen Inklusion auszuspielen.
Ausweichend und enttäuschend ist die Antwort der SPD ausgefallen. Sie sieht in der Enquete-Kommission keine Möglichkeit zur konkreten Problemlösung. Es gäbe kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem, und das wiederum sieht sie in der bildungspolitischen Zuständigkeit und Verantwortung der Bundesländer.
Lediglich Corinna Rüffer, Berichterstatterin für Behinderten- und Inklusionspolitik der Grünen Bundestagsfraktion, teilt uneingeschränkt die Kritik des Bündnisses an der bildungspolitischen Umsetzung der UN-BRK und macht sich für die Einrichtung der Enquete-Kommission stark. Da aus Kapazitätsgründen jedoch die Zahl der Enquete-Kommissionen in einer Legislaturperiode begrenzt sei, prüfe man innerhalb der Grünen Fraktion und mit den Koalitionspartnern, welche Themen in einer Enquete-Kommission bearbeitet werden sollen, so Rüffer.

Verantwortung übernehmen!

Die Grünen haben die Forderung nach einer Enquete-Kommission zur UN-BRK schon in ihrem Bundestagswahlprogramm verankert. Verfolgt die Fraktion dieses Ziel, bedarf sie nicht zwingend der kompletten Zustimmung innerhalb der Koalitionsfraktionen. Es braucht für die Einrichtung der Enquete-Kommission nur ein Viertel der 736 Mitglieder des derzeitigen Bundestages, die sich nicht vor den menschenrechtlichen Verpflichtungen aus der UN-BRK wegducken.
Eine aktuelle wissenschaftliche Studie zur schulischen Umsetzung der UN-BRK in den deutschen Bundesländern kommt zu dem Ergebnis, dass es „ernstzunehmende Hinweise auf eine „systematische“ Verletzung des Konventionsrechts aus Art. 24 UN-BRK“ in sieben Bundesländern gibt. UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung und für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sahen sich 2021 wegen einer schwerwiegenden Verletzung der UN-BRK in Rheinland-Pfalz zur Intervention veranlasst.
Wie lange wollen Mitglieder des Bundestages, die der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet sind, unbeteiligt zuschauen und sich vor ihrer Verantwortung drücken? Menschenrechtskonforme Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung ist der Weg zu Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, die wir – wie der aktuelle IQB Bildungstrend ausweist – in Deutschland bis heute vermissen. //

Fachtagung der GEW „Schulen mit Zukunft“

Anders lehren und lernen – Denkanstöße für die Schule von

Foto: Bettina Hermann

Bei seiner Begrüßung der zahlreichen Besucher:innen im Audimax der Universität Landau bei der GEW-Fachtagung zu Schulen mit Anfang Oktober vergangenen Jahres fühlte GEW-Vorsitzender Klaus-Peter Hammer „ein Stück Heimat“, kennt er die Landauer Universität doch aus seiner eigenen Studienzeit. Mittlerweile ist viel Zeit vergangen, Menschen und Gesellschaft haben sich stark verändert. Damit Bildung zeitgemäßer wird, Kinder zukunftsfähiger werden, braucht es nach Hammer ein „neues Bildungsdenken, Visionen und zukunftsträchtige Entwürfe“, eine „Schule mit Zukunft“, wie die Tagung überschrieben worden ist.

„Am größten Lehrerbildungsstandort von Rheinland-Pfalz“ begrüßte die Vizepräsidentin der Universität, Prof. Dr. Gabriele Schaumann, die Gäste. 2016 seien zwei Drittel der Studierenden aus anderen Bundesländern nach Landau gekommen, mittlerweile sei die Zahl stark gesunken, aber auch nach der Fusion mit Kaiserslautern werde man im Land mit Koblenz in Sachen Lehrerbildung weiterhin zusammenarbeiten, denn sie sei ein wichtiger „Motor“ der Schulentwicklung. Angestrebt sei eine Lehrerbildung, bei der man sich erst nach fünf Semestern für eine Schulart entscheiden müsse. Besonders wichtig, so Schaumann, sei eine gute Ausbildung für Förderschullehrer:innen. Die „attraktive Schule“ sei auch in Zukunft ein Herzensanliegen der Landauer Universität.

Impulsreferat von Birgit Gebhardt „Aufbruch in eine neue Lernkultur – Trendperspektiven für die Arbeitswelt der Zukunft“

Zu Beginn betonte die bekannte Trendforscherin **Birgit Gebhardt** aus Hamburg: „Wir müssen kooperativ denken und nicht ständig mit Bedenken kommen“. Die Trendforschung könne für das Neue begeistern. „Wir müssen in Sachen Bildung auch ins Ausland schauen, global verbreitende Neuerungen und Schulmodelle ernstnehmen“, sagte Birgit Gebhardt, die weltweit unterwegs ist. „Was sind die humanen Faktoren, wie lernt ein Mensch, wie funktionieren wir?“ Es gelte, Marktforschung mit Innovationen zu verknüpfen und daraus Konsequenzen für die Schule zu ziehen.
Nachhaltigkeit, Inklusion, klassenübergreifendes Lernen, Demokratiebildung, selbstgesteuertes Lernen seien einige der wichtigen Schulziele in der Zukunft.
Welche Revolutionen in der Bildung stehen uns bevor? Inwiefern wird die Digitalisierung zukünftig das individuelle Lernen sowie das gesamte Schulsystem verändern?
Die Produktion von Wissen, so die Referentin, erfolge nach anderen Regeln als die von Industriegütern. Um in der Informationsgesellschaft die Verheißung von der sprudelnden „Open Source“ zu erleben, „müssen wir den Gleichschritt der Industriekultur verlassen und Arbeitsorganisationen neu denken.“ Der globale Wettbewerb verlange nach einer vernetzten Kollaboration über Zeit- und Kulturgrenzen hinweg. Der Arbeitsmarkt verlange nach Flexibilität und Machbarkeitsoptionen, der Innovationsdruck nach Lösungen, um Wissen innerbetrieblich und schulisch besser zu verteilen und Innovationsprozesse flexibler zu strukturieren. Doch der drängendste Impuls, so Gebhardt, sei die dynamische Vernetzung über soziale Medien, die den Informationsaustausch beschleunigen und Menschen inhaltsgetrieben zusammenführen.

Die sozialen Medien als Treiber

„Jedes Thema und jeder Ablauf wird medial betrachtet transparent.“ Die Medien machten auch Mut, denn Vernetzung sei ein Geben und Nehmen, der Kontakt sei direkt, die Nutzung offen. Besonderheiten würden erkannt, persönliche Interessen bedient und Defizite kompensiert. „Wenn ich Individuelles erkennen kann, in den Medien und im Leben, gelingt auch Inklusion“, so die Referentin.
Brigitte Gebhard warf bei ihrer Präsentation mit bunten Bildern aus dem Alltag auch den Blick auf die Impulse durch das Spiel. Dieses könne Parallelwelten darstellen und den Unterricht spannender machen. Spielen

morgen

fördere das interaktive Lernen und ließe Eigenschaften und Kompetenzen von Schüler:innen besser erkennen.

Wichtiger als das durchschnittliche Fachwissen sei auch in der Schule die Kenntnis über die eigenen Talente und Fähigkeiten der Schülerinnen. Das individuelle Kompetenz-Bündel schaffe Anschlussfähigkeit der Schüler und erleichtere das vernetzte Lernen.

Das automatisierte Lernen und die Mensch-Maschine-Interaktion

Dafür seien neue Kompetenzen notwendig, so Gebhardt, die in der Schule erworben werden müssten, z.B. Medienkompetenz, digitale Kompetenz, Interaktionsfähigkeit, Informationsmanagement und Bewertungskompetenz, auch Programmierfähigkeit, Steuerungskompetenz und Projektmanagement sowie learning by doing. „Die künstliche Intelligenz wird auch den Puls unserer beruflichen und schulischen Leistungskraft messen.“

Informationen veränderten unsere Sinne. „Wir haben fünf Sinne, das Smartphone ist unser sechster Sinn“. Unser Gehirn denke immer den Ort mit, wo ich beispielsweise in der Schule versagt habe. Deshalb bräuchten wir wechselnde Lernräume und vor allem auch mehr körperliche Bewegung zwischen den Konzentrationsphasen, denn körperliche Bewegung rege die Hirnleistung an. „Wir brauchen LehrerInnen mit unterschiedlichen Kompetenzen, die sich im Unterricht vernetzen, auch eine andere Schulleitung mit neuen Zielvorgaben, mit weniger Standards, mit weniger Kontrolle und mehr Transparenz“. Führungsleistung sei Teamleistung mit immer neuen Zielvorgaben für den Unterricht. Gebhardt: „Die Schule mit Zukunft wird zur Erfahrungswelt, persönlich motivierend, spürbar und smart, aufgaben- und anwendungsbezogen, interaktiv, präsent in natürlichen wie in künstlichen Welten“.
Im Verlaufe der GEW-Fortbildung fanden mehrere Foren statt; über einige berichten wir im folgenden Artikel. //

Dr. Paul Schwarz

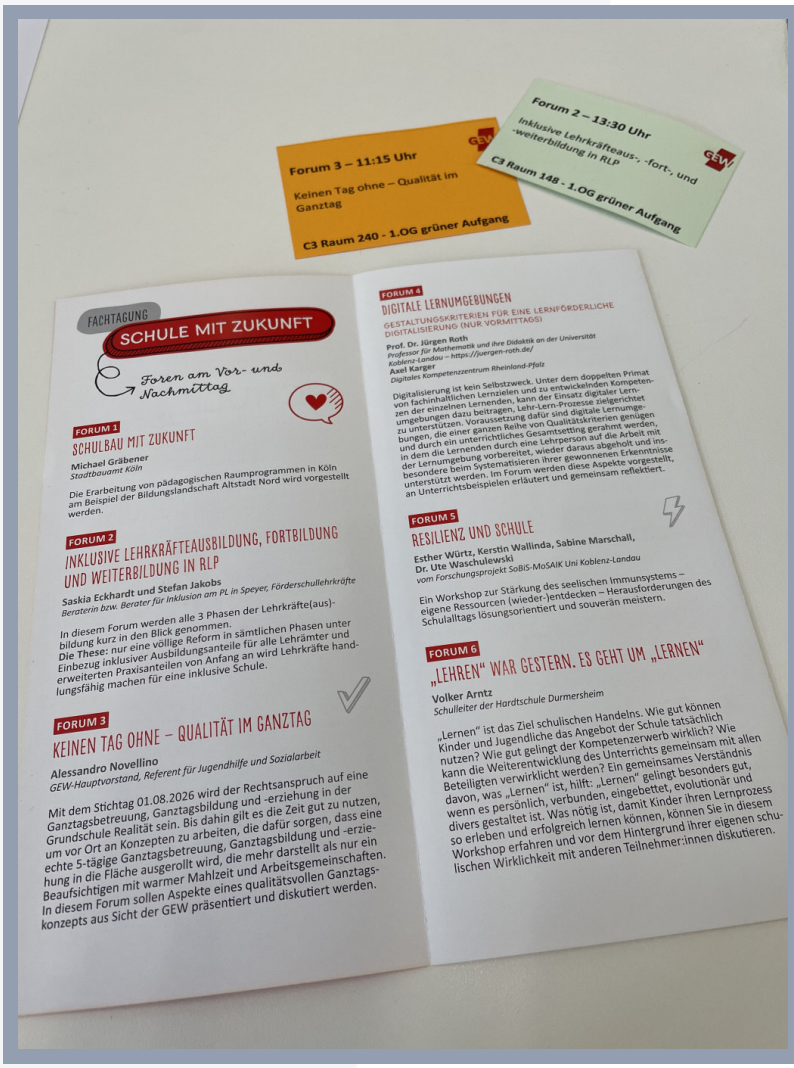


Foto: Bettina Hermann

Fragen zur „Schule der Zukunft“ an Rolf Haug, Schulleiter der IGS Landau

Wir brauchen das Vertrauen aller Behörden in unsere

***Rolf Haug** - Schulleiter der IGS Landau:*

„An unserer Schule sind so viele unglaublich engagierte Menschen, wenn wir ihnen Flügel verleihen und auch erlauben zu scheitern, kann Großes geschehen.“

Foto: IGS Landau

Lieber Rolf, deine Schule, die IGS Landau, ist in der südpfälzischen Region eine der drei „Schulen der Zukunft“. Was hat euch motiviert, diesen Weg zu gehen?

Die IGS Landau gibt es seit 2010, seit nunmehr 12 Jahren gehen wir in dieser Schule einen Weg, der weggeht vom traditionellen Schulunterricht. Der stark lehrerzentrierte Unterricht soll durch einen flexiblen, offenen Unterricht ersetzt werden. Nicht die Lehrerinnen und Lehrer, sondern die Schülerinnen und Schüler sollen arbeiten. Die Art und Weise des Lernens sollte sich definitiv ändern und die dahinterstehende Haltung heißt: Beziehung vor Inhalt.

Worin wird sich eure „Schule der Zukunft“ von der Schule der Gegenwart unterscheiden?

Unser Ziel ist es, den Unterricht in 45-minütigen Häppchen abzuschaffen. Es geht um die Idee, in der Orientierungsstufe anzufangen. In den 5. und 6. Klassen streben wir an, in Lernbüros (der Name ist noch nicht zu Ende diskutiert), in Projekten und Werkstätten zu arbeiten. Also raus aus einem engen Fächerkorsett und rein in modulares und flexibles Lernen. Die Kinder lernen im eigenen Takt und nicht im Gleichschritt. Sie setzen eigene Schwerpunkte und lernen mit der Selbstständigkeit umzugehen. Über all diese Dinge wollen wir mit dem gesamten Kollegium diskutieren; wie unsere Schule in drei Jahren aussehen soll, das weiß im Moment noch niemand.

Werden sich die Rahmenbedingungen ändern?

Wenn damit gemeint ist, ob wir für diesen Prozess zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer erhalten, müssen wir diese Frage leider verneinen. Dieser wirklich wunderbare Prozess wäre durch eine personelle Unterstützung noch viel besser zu leisten. Und dennoch werden wir uns auf den Weg machen.

Es fehlen generell Lehrkräfte, soziale Hilfskräfte, es fehlt an einer guten technischen Ausstattung an vielen Schulen. Wie sieht es bei euch aus?

Unser Problem sind weder fehlende Lehrkräfte noch eine gute technische Ausstattung. Wir alle wissen, wie groß das Problem auf dem Lehrer:innen-Arbeitsmarkt ist und dass es immer weniger Menschen gibt, die unseren tollen Beruf ergreifen wollen. Auch die technische Ausstattung lässt nicht zu wünschen übrig. Hier wünschen sich alle Schulen natürlich eine viel intensivere Betreuung durch professionelle IT-Fachkräfte. Wenn der Computer eines städtischen Mitarbeiters defekt ist, repariert diesen die IT. In der Schule machen wir das meistens selbst. Hier sind Land und Kommunen aufgefordert, für Lösungen zu sorgen.

Fähigkeiten

Brauchen wir in Zukunft mehr Autonomie der Schulen und wie stellt ihr euch so etwas vor?

Die Autonomiefrage debattieren wir schon seit 50 Jahren und es ist die Frage, was sich auf der juristischen Seite alles tun müsste, sodass Autonomie zu besserem Unterricht führt. Wenn wir die Frage hingegen von einer anderen Seite betrachten, scheint mir wichtig, den Lernprozess in den Schulen offen zu gestalten und nicht durch endlose Vergleichsstudien zu stören. Schulen werden durch Abfragen wissenschaftlicher Untersuchungen, den Vergleich untereinander und Rankings in ihrer Freiheit eingeschränkt. Was wir brauchen, ist Vertrauen in unsere Fähigkeiten und die Freiheit nachhaltiges Lernen zu implementieren.

Der Bildungserfolg hängt noch immer sehr stark von der sozialen Herkunft der SchülerInnen ab. Müsste man nicht allmählich unser differenziertes und selektives Schulsystem, wovon alle Kinder und Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern profitieren, durch eine Schule für alle ersetzen?

Ja, natürlich. Die OECD attestiert Deutschland, europaweit das wahrscheinlich ungerechteste Schulsystem zu haben. Während offiziell von einer großen Durchlässigkeit geredet wird, gibt es weiterhin ein selektives Schulsystem, von welchem bildungsferne Haushalte am wenigsten profitieren. Die Schulform Integrierte Gesamtschule ist eine erste Antwort, die Veränderung anderer Schulformen wäre eine zweite. Ich präferiere sehr stark die skandinavischen Modelle, in denen SchülerInnen stark individualisiert und viel länger gemeinsam lernen.

Mobbing und Ausgrenzung nehmen an Schulen zu. Mangelt es an sozialer Erziehung, läuft alles zu kognitiv ab und wird sich das an der „Schule der Zukunft“ ändern?

Die Themen sind nicht neu, schon immer wurden Kinder gemobbt und ausgegrenzt, schon immer gab es Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände nicht sozialfähig waren und sind. Nein, das ist wahrlich kein neues Problem. Wenn wir auf unsere Gesellschaft im Hier und Jetzt blicken, sehen wir eine Generation, in der das Verhältnis von Arbeit und Freizeit ganz anders bewertet wird. Dies spiegelt sich auch in den Schulen wider. Dass sich in den letzten Jahren durch die Coronapandemie bestimmte Prozesse verschärft haben, ist offensichtlich. Aber auch hier hilft wieder der Satz „Beziehung vor Inhalt“. Ich kann in der Schule mit einem Kind nicht lernen, wenn dieses zuhause geschlagen wird. Wenn es in der Schule aber gelingt, darauf Rücksicht zu nehmen, darauf einzugehen, soziales Lernen praktizieren zu wollen und zu erkennen, dass jeder Mensch in einem eigenen System lebt, gehen wir mit einer Haltung in die Schule, die die Herausforderung bewältigen kann. Nur zu vermitteln ist keine Lösung und hat im Übrigen noch nie funktioniert.

Übertragen wir die „Schule der Zukunft“ auf die Lehrerbildung. Was muss verändert werden in Richtung zeitgemäße Lehrer:innenkompetenz und Vorbereitung für ein neues Lernen?

Oje, was für eine Frage! Eine kurze, umfassende Antwort ist nicht möglich. Ich denke, dass es an dieser Stelle wieder um die Haltung des Einzelnen geht. Wenn ich bereit bin, lebenslang zu lernen, wird alles gut. Wichtig erscheint mir auch, dass Schulen möglichst als ganze Systeme sich miteinander fortbilden. Also nicht nur, dass der Einzelne eine Fortbildung ganz alleine für sich macht, sondern dass durch kooperative Fortbildungen nachhaltige Effekte in die ganze Schule hineingespült werden.

Wie sieht das neue Lernen in der „Schule der Zukunft“ aus?

Wir sind als Schule Mitglied im Verbund „Blick über den Zaun“. Einem Verbund von Reformschulen, die durch kollegiale Hospitationen den Mitgliedsschulen Rückmeldung geben und so zur Schulentwicklung beitragen. Dabei haben wir uns bestimmten Prinzipien verschrieben. Ein zentrales Prinzip und gleichzeitig Entwicklungsziel ist das „andere Lernen“. Das andere Lernen findet nicht in Räumen statt, die Kasernen gleichen, sondern in offenen Lernlandschaften. Das andere Lernen findet nicht in Fächern statt, sondern in Themen und Projekten. Das andere Lernen findet nicht im Gleichschritt statt, sondern im eigenen Takt. Beim anderen Lernen machen Schülerinnen und Schüler ganz viele Lernerfahrungen außerhalb der Schule und in der Begegnung mit Menschen. Das sind alles große Ziele und große Aufgaben, aber das Projekt „Schule der Zukunft“ gibt uns die Freiheit, das Ganze anzupacken.

Welche Unterstützungsmaßnahmen erwarten Sie auf dem neuen Schulweg von der Landesregierung?

Eigentlich bräuchten wir dauerhaft eine bessere personelle Ausstattung, sodass wir die vielen Aufgaben auch alle erledigen können. Was wir aber auch brauchen - und das ist mir wirklich wichtiger -, ist Vertrauen. Das Vertrauen aller Behörden in unsere Fähigkeiten, gute Schule machen zu wollen. Wir wollen unsere Zeit nicht damit verbringen, immer mehr Portale zu bedienen, sondern im Sinne guten Unterrichtes die Schule weiterentwickeln. Dafür brauchen wir zeitliche Ressourcen. An unserer Schule sind so viele unglaublich engagierte Menschen, wenn wir ihnen Flügel verleihen und auch erlauben zu scheitern, kann Großes geschehen. //

Dr. Paul Schwarz im Gespräch mit Schulleiter Manfred Schabowski

„Schulen der Zukunft“ brauchen gute Rahmenbedingungen

Ihre „Konrad Adenauer Realschule plus mit Fachoberschule“ in Landau ist in der südpfälzischen Region eine der drei „Schulen der Zukunft“. Was hat Sie motiviert, diesen Weg zu gehen?

Motiviert hat uns, dass wir schon immer offen waren für gute Schulentwicklung: Wir waren die erste Campusschule der hiesigen Universität, und damit ergab sich bereits eine enge Zusammenarbeit in Sachen Unterrichtsentwicklung mit der Hochschule. Wir waren eine der ersten Fachoberschulen in einer rheinland-pfälzischen Stadt. Dabei konnten wir auf die enge Kooperation mit der berufsbildenden Schule aufbauen. Wir sind in Rheinland-Pfalz, was die Fachoberschule angeht, die einzige Schule mit dem Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie, der wichtige Zukunftsfragen aufgreift. Wir sind eine von 300 Schulen in Deutschland, die am Projekt „Leistung macht Schule“ teilnimmt. Aus unserem Selbstverständnis heraus waren wir schon immer eine Schule für Zukunft. Deshalb waren die Lehrerschaft, die Schülervertretung und die Elternschaft dafür, bei diesem Großprojekt mitzumachen.

Wenn Sie schon eine „Schule mit Zukunft“ waren, was ist dann zukunftsfähiger in diesem neuen Schulversuch?

Wir wollen die benötigten „Fähigkeiten des 21. Jahrhunderts“ kritisches Denken, Kreativität, Kollaboration und Kommunikation unseren Schülerinnen und Schülern vermitteln. Ergänzt werden sollen diese „vier K’s“ durch ein fünftes Element, fundiertes Kernwissen. Wir wollen Wissen vermitteln, Persönlichkeiten schaffen und diese auf die Zukunft vorbereiten, z.B. im Umgang mit neuen Medien.

Das wären die Inhalte, verändern sich damit auch die Rahmenbedingungen?

Selbstverständlich. Denken Sie zum Beispiel nur an neue Schulbaurichtlinien. Eine Schule mit diesen Bildungsbegriff braucht neue und auch andere Räumlichkeiten als bisher: Räume für Gruppenarbeit, Versammlungsräume, … Die Schule muss auch durch die äußeren Rahmenbedingungen ein Ort sein, an dem sich die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte im wahrsten Sinne des Wortes wohl fühlen.

Im Augenblick wird viel über den gegenwärtigen Zustand der Schulen in Deutschland geschrieben und geredet, z.B. über die Lernrückstände besonders der Kinder aus sozial schwachen Familien, Lehrermangel, fehlende digitale Ausstattung, fehlende Sprachförderung für die vielen zugewanderten Kinder, z.B. aus der Ukraine. Keine guten Voraussetzungen für eine „Schule der Zukunft“. Wie sieht es bei Ihnen aus?

Ich glaube, dass es lokal und regional deutliche Unterschiede gibt. Der Lehrermangel ist da, ist aber lokal unterschiedlich ausgeprägt. Wenn ich unsere Schule betrachte, stellen wir ein großes Interesse von Lehrkräften fest, die gerne hier unterrichten würden.
Was die neuen technischen Rahmenbedingungen angeht, fühlen wir uns unterstützt, denn es gibt eine gute Zusammenarbeit mit Stadt, Land und

Schulleiter Manfred Schabowski: „Wenn ich unsere Schule betrachte, stellen wir ein großes Interesse von Lehrkräften fest, die gerne hier unterrichten würden.“

Foto: Konrad Adenauer Realschule plus mit Fachoberschule in Landau

und die dafür nötigen Investitionen

mit der ADD. Wir haben WLAN auf dem Gelände, einen Breitbandanschluss erhalten und interaktive Tafeln in allen Unterrichtsräumen. Wir waren in der Lage, den Unterricht während Zeiten von Schulschließungen online durchzuführen. Die Schülerinnen und Schüler waren mit ihren Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen des „normalen Stundenplans“ in Kontakt. Dass digitaler Unterricht von zuhause Schule nicht ersetzt, ist eindeutig, aber wir sind auf einem guten digitalen Weg, auch wenn Unterricht im Klassenraum nicht möglich ist.

Wenn Schulen wie die Ihre ein solches Profil haben, wäre es dann nicht sinnvoll, den Schulen mehr Autonomie zu geben?

Ich glaube, dass es Bestrebungen in dieser Richtung schon gibt. Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit zur schulischen Personalgewinnung. Ich würde mir eine Vereinfachung des Verfahrens im Rahmen von Personalauswahl wünschen. Das wäre aus meiner Sicht für Schulen ein generelles Instrument, Profil zu gewinnen und Schulentwicklung voranzutreiben.

Autonomie führt auch zu der Strukturfrage. Ich war mit einem Kamerateam rund um den Globus drei Monate für die OECD unterwegs, um einen großen PISA-Film zu produzieren. Wenn man dann nach Deutschland zurückkommt und dieses differenzierte, selektive Schulsystem sieht, fragt man sich schon, warum das sich nicht ändert.

Wir sind eigentlich schon immer eine Schule für alle. Dies bringen wir auch in unserem Logo zum Ausdruck. Die Farben blau, rot und gelb symbolisieren unseren Anspruch, eine Schule der Vielfalt zu sein. Alle Menschen an der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit Fachoberschule bringen ganz unterschiedliche Fähigkeiten und Begabungen mit. Deshalb führt unsere Schule auf verschiedenen Wegen zum individuellen Erfolg. Wir empfinden diese Vielfalt als Bereicherung und leisten so einen Beitrag zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Wir haben z.B. Praxistagprojekte im Bereich Berufsreife, in dem die Mädchen und Jungen in der neunten Klasse jeden Dienstag ein Jahr lang im Betrieb sind und damit in Ausbildungsbereiche vorstoßen, die Ihnen vorher gar nicht offen standen. Wir haben eine praxisorientierte Realschule plus und Fachoberschule, die mit sehr vielen Betrieben, Hochschulen und Universitäten zusammenarbeitet. Ein „Netzwerk für die Zukunft“ unserer Schülerinnen und Schüler. Deren Erfolge sind Beleg dafür, dass wir als Schule offen und begabungsgerecht sind.

Frau Spiegel, die frühere Umweltministerin in Mainz, hat mir in einem Interview vor einigen Jahren berichtet, sie würde immer mehr Briefe von Schulleitungen über Mobbing und Ausgrenzung in den Schulen erhalten. Wie sieht es bei Ihnen damit aus?

Wir sind eine Schule mit etwa 800 Schülern, 70 Lehrkräften, der Verwaltung, und vielen anderen mehr. Mit über 1000 Menschen, die das Schulleben miteinander gestalten, geben wir meiner Meinung nach ein ziemlich gutes Spiegelbild der Gesellschaft ab. Alles, was in der Gesellschaft vorkommt, gibt es natürlich auch bei uns. Auch das Thema Mobbing. Deshalb versuchen wir schon, niederschwellig dagegen vorzugehen, z.B. auch durch ein Streitschlichterteam von Schülerinnen und Schülern. Wir bieten Fortbildungen zum Thema an, haben ein „Anti-Mobbingteam“ eingerichtet und haben eine gut funktionierende Schulsozialarbeit, die in der Schulgemeinschaft großen Anklang findet.

Wenn man jetzt die „Schule der Zukunft“ auf die Lehrkräftebildung überträgt. Was würden Sie den Verantwortlichen raten?

Aus meiner Sicht wäre es gut, jungen Menschen, die Lehrerinnen und Lehrer werden wollen, ein ganzes Semester in Schulen zu schicken. Dort würden sie hautnah erleben, worauf es heute im Unterricht und in der Schule ankommt und wie sich Schule wandelt. Ich glaube, ein solches „Praxissemester“ wäre ein Gewinn für die jungen Leute und ein wichtiger Baustein für die zukünftigen Schulen.

Ich habe ja einige Filme über Klipperts Unterrichtsreform gemacht, Glauben Sie, dass das neue Lernen ein Thema in der Schule der Zukunft ist?

Selbstverständlich. Lernen verändert sich ständig, nehmen wir z.B. das digitale Lernen. Wir sind deshalb in Zusammenarbeit mit dem Ministerium in dem Projekt „Schule der Zukunft“ auf der Suche nach einem Projektpartner für die Weiterentwicklung der „Individualisierung von digitalem Lernen“. Ich glaube, Weiterentwicklung der Digitalisierung erfordert, dass wir passgenaue, individualisierte und sich ständig verändernde Lern- und Aufgabenangebote*, für die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler anbieten müssen (zum Beispiel durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz). Für dieses Projekt brauchen wir unterstützende Partner von außen. Eine längerfristige Zusammenarbeit mit ihnen wäre uns sehr wichtig.*

Können sie sich vorstellen, dass das digitale Lernen zu mehr Homeoffice führt und damit zu weniger Schulbesuch und Unterricht?

Vorstellbar ist vieles, sonst würden wir auch nicht mitmachen. Im Moment glaube ich, dass die Hattie-Studie für Lehrkräfte eine gute Rückmeldung war. Eine wichtige Kernaussage hebt die Bedeutung von Lehrkräften und gut strukturiertem Unterricht für den Bildungserfolgt hervor. Natürlich wird auch die Schule der Zukunft Freiräume gestalten, möglicherweise auch zuhause. Dennoch glaube ich, dass die Schule der Zukunft noch stärker zum Lebensraum für Schülerinnen und Schüler wird, wo sie sich wohlfühlen und Hilfe und Unterstützung erfahren.

Sie haben die Unterstützung angesprochen. Was erwarten sie von der Landesregierung?

Gute Bildung kostet Geld und braucht Ressourcen. Momentan leben wir allerdings in einer extrem belastenden Zeit: das Corona-Virus, der Ukrainekrieg, die Energiekrise und die Klimaerwärmung – ein Dilemma, was alles an Aufgaben und Ausgaben auf uns zukommt und die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger in besonderem Maße herausfordert. Und trotzdem, gute „Schulen der Zukunft“ brauchen gute Rahmenbedingungen und die dafür nötigen finanziellen Investitionen.

Ich danke Ihnen für das Gespräch. //

Aus einigen Foren bei der Fachtagung „Schulen mit Zukunft“

Forum: „Leuchtturmprojekte“
Dieses Forum befasste sich mit den digitalen berufsbildenden Lernzentren am Beispiel zweier ausgewählter rheinland-pfälzischer BBS`en sowie dem Projekt „Schulcampus“ RLP als digitale Arbeitsumgebung.
Im Detail erläuterte Schulleiter Dr. Wieland Steinfeldt von der BBS Prüm das „Campus-Kurssystem“ an seiner Schule. Die Teilnehmer des Workshops waren begeistert von der Idee, den Schülerinnen und Schülern in berufsübergreifenden Lerngruppen, unterstützt durch ein „Mentoring-Konzept“ und eine angepasste digitalen Infrastruktur, Lernen zu ermöglichen. Frank Regenhardt berichtete von dem ehrgeizigen Projekt der BBS Trier GuT, das dem neuen Ausbildungsberuf „Elektroniker:in für Gebäudesystemintegration“ in Form eines sogenannten „Smart-Rooms“ gerecht werden soll. Gleichermaßen wurden Machbarkeiten aber auch Stolpersteine, die diese „Leuchtturmprojekte“ mit sich bringen, mit den Teilnehmer:innen diskutiert und Möglichkeiten des Transfers beleuchtet. Den abschließenden Beitrag bestritt Dr. Thomas Koch. Er befasst sich als Schulberater explizit mit dem Projekt „Schulcampus“ und bot wertvolle und spannende Einblicke in die Handhabung und Vorzüge dieser Plattform. Die Teilnehmer konnten viel Input mitnehmen und befürworteten einen weiteren, ggf. ausgiebigeren Workshop zu dieser Thematik.

dst

Forum „Inklusive Lehrkräfteausbildung, Fortbildung und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz“ (Saskia Eckhardt & Stefan Jakobs)
Die These: Nur eine völlige Reform in sämtlichen Phasen unter Einbezug inklusiver Ausbildungsanteile für alle Lehrämter und erweiterten Praxisanteilen von Anfang an wird Lehrkräfte handlungsfähig machen für eine inklusive Schule. Der Workshop startete mit einem kurzen Input zu den aktuellen Rahmenbedingungen der 1. und 2. Phase der Lehrkräfteausbildung in Rheinland-Pfalz. Es wurde gemeinsam auf die Verteilung der Lehramtsanwärter:innen auf die verschiedenen Schularten geschaut, um im Anschluss den Lehrkräftemangel in Rheinland-Pfalz in Zahlen zu verdeutlichen. Der nachfolgende Austausch wurde durch Frieder Bechberger-Derscheidt, ehemals Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz und ehemaliger Abteilungsleiter im Bildungsministerium, bereichert, der rückblickend auf die Entwicklung der Lehrkräfteausbildung eingehen und diese genauer beschreiben konnte, z.B. auch die Auswirkungen des Bologna-Prozesses für die Kompromisse in Rheinland-Pfalz.
In Kleingruppen gab es einen geführten Austausch über die Frage nach notwendigen Gründen für eine veränderte Lehrkräfteaus,- fort- und-weiterbildung sowie die Sammlung von konkreten Ideen zur Umsetzung. Hier stand der Austausch stark im Vordergrund, so dass die Präsentation der Ergebnisse entfiel. Konsens war von allen Teilnehmenden jedoch, dass es dringend Veränderungen in der Lehrkräfteaus-, fort und-weiterbildung braucht. Inklusive Inhalte müssen fachliche Inhalte für alle Lehramtsstudierenden werden. In diesem Sinne ist eine völlig neue Ausgestaltung des universitären Ausbildungsanteils notwendig, die zweite Phase an den Studienseminaren muss weiter überarbeitet werden, so dass eine Lehrkraft im Jahre 2030 nicht mehr behaupten kann, für eine heterogene Schülerschaft nicht ausgebildet zu sein.

Foto: Bettina Hermann

red

Forum: „Digitale Lernumgebungen“
Das Forum behandelte digitale Lernumgebungen, um Lehr- und Lernprozesse zielgerichtet zu unterstützen.
Dabei wurde diskutiert, dass die Lernumgebungen Qualitätskriterien genügen müssten, da ein digitales Werkzeug nicht per se nützlich sei. Es gelte vielmehr der Primat der Pädagogik. Digitale Medien seien dabei in einer Reihe mit analogen Medien zu sehen, bei der das jeweilige Medium den fachlichen Anforderungen angemessen ausgewählt und genutzt wird.

red

Forum: „Warum wir die Schule komplett neu denken müssen. Ein Forum zur Abschaffung von Noten“
In diesem Workshop ging es um Sinn und Unsinn von Benotungen in der Schule. Individuelle, schriftliche Bewertungen seien wesentlich aussagekräftiger als Noten. Man war sich in diesem Workshop nahezu einig, dass Noten nicht unbedingt für Vergleichbarkeit sorgen und es insbesondere in zu großen Klassen gerade bei der mündlichen Benotung zu Fehlern kommen könne. Gewerkschafter:innen wie auch die Referenten der Landesschüler:innenvertretung waren sich darüber im Klaren, dass bei dem Thema ein Prozess in Gang gesetzt werden müsse, der das Ziel habe, differenziertere Bewertungsformen umzusetzen.

ak

Forum: Lehren und Lernen in der Oberstufe - Am Beispiel des IB Diploma Programme
Innerhalb des Workshop haben Tino Schmitt ,Schulleiter am Gymnasium Birkenfeld, Frank Diversy, MSS-Leiter Gymnasium Birkenfeld, und Dagmar Orlian, IB Coordinatorin Gymnasium Birkenfeld, einen Überblick über den Oberstufenunterricht und die Integration des internationalen Programms in die rheinland.pfälzische MSS gegeben. Innerhalb des Workshops wurden die dem Diploma Programme zu Grunde liegenden Kompetenzen (Approaches to teaching and learning in the DP) sowie das IB Lernerprofil vorgestellt, die als Grundlage für den Unterricht in den Fächern dienen. Insbesondere die sich vom deutschen Unterricht stark abweichende Lern- und Prüfungskultur wurde hier von den Teilnehmer:innen mit Interesse diskutiert. Hier stand in der Diskussion die Frage im Mittelpunkt, wie ähnliche Formate auch im Unterricht der MSS Anwendung finden könnten, um die Schüler:innen hier individueller fördern und auf die Herausforderungen in einer globalisierten Arbeitswelt vorbereiten zu können . Ein weiterer interessanter Diskussionspunkt richtete sich auf die Frage, wie internationale und interkulturelle Aspekte, die beim IB-Abschluss eine große Rolle spielen, in unser Schulsystem in der Oberstufe integriert werden könnten. //

vm

GEW solidarisiert sich mit Protestierenden im Iran

Die GEW stellt sich hinter die Protestierenden im Iran und verurteilt das brutale Vorgehen der Machthaber in diesem Land. Peimaneh Nemazi-Lofink, Mitglied im GEW-Landevorstand, hat dazu Ende Oktober eine Erklärung verfasst. Die Vorsitzende des Vorstandsbereichs Migration, Diversity, Antidiskriminierung macht darauf aufmerksam, dass sich zahlreiche Lehrkräfte, Studierende sowie Schülerinnen und Schüler der Protestbewegung im Iran angeschlossen haben.

„Angesichts der nicht abebbenden Proteste unzähliger mutiger Menschen, die sich zurzeit in aller Entschlossenheit im Iran gegen das streng klerikale und überaus brutale Regime stellen, sehen wir es als unsere Pflicht an, die Tötung Masha Jina Aminis und vieler anderer sowie das skrupellose Vorgehen gegen die Demonstrierenden, unter denen sich unzählige SchülerInnen, Student:innen und Lehrenden befinden, vonseiten der totalitären Führung strengstens zu verurteilen.

Die durch den Tod der 22-jährigen ausgelösten Proteste im Iran unterstützen wir ausdrücklich und fordern die politischen Verantwortungsträger auf der deutschen und europäischen Ebene auf, unverzüglich die Vermögenswerte der politischen und religiösen Führer des Iran einzufrieren, die ganz eindeutig für die grausamen Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Darüber hinaus gilt es weitgehende Visa-Stopps für staatliche Vertreter und deren Familie zu verhängen. Wir sind zutiefst beeindruckt von dem Mut und der Willenskraft der demonstrierenden Lehrenden, Schüler:innen sowie allen Menschen die ihr Leben riskieren, um für ihre fundamentalen Menschenrechte auf die Straße zu gehen.

Auch die systematischen Einschüchterungen sowie Inhaftierungen von Journalist:innen und Aktivist:innen verurteilen wir aufs Schärfste, an denen sich exemplarisch zeigen lässt, dass sich der Iran vollkommen zu Recht auf Ranglistenplatz 178 von 180 der Pressefreiheit befindet. Die großflächigen Sperren von Internet- und Telefonverbindungen veranschaulichen den verzweifelten Versuch der iranischen Führung, die aus allen gesellschaftlichen Schichten unterstützen Proteste unter Kontrolle bringen zu wollen. Jene Sperren wurden z.T. auch regional begrenzt verhängt, wie beispielweise während des Streiks von Studierenden einer Elite-Universität in Teheran. Hier zeigt sich die bewundernswerte Stärke und Entschlossenheit der jungen Studierenden und Lehrenden, ein solch repressives Regime zu stürzen. Der dem Regime und insbesondere den Eliten der iranischen Führung inhärenten Misogynie gilt es etwas entgegenzusetzen. Die Anzahl der Todesopfer beläuft sich inzwischen auf über 250 Menschen, die seit Beginn der Proteste im September getötet worden sind und die Zahl steigt mit jedem Tag weiter an. Dabei darf die Tatsache, dass sich unter den Getöteten auch ca. 30 Kinder befinden, nicht verschwiegen werden. Das Bedrängen der Familien, falschen Angaben bezüglich der Todesursache ihrer Kinder zu machen, ist bezeichnend für das menschenverachtende iranische Regime, das eindeutig die Schuld am Tod dieser Kinder trägt. Auch die höchst fragwürdigen Umstände rund um den Brand im Gefängnis Evin, in dem zahlreiche politische Gefangene festgehalten werden, ist ein verzweifelter Akt der elitären iranischen Führung, die Protestbewegung eindämmen zu wollen.

Der vom Außenministerium gerne hochgehaltenen feministischen Außenpolitik gilt es nun entsprechend Taten folgen zu lassen. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine konsequente, die Menschenrechte würdigende Politik zu betreiben und die brutalen Menschrechtsverletzungen und Tötungen von Protestierenden im Iran nicht nur auf das Schärfste zu verurteilen, sondern mit allen der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Mitteln, die iranische Regierung zur Verantwortung zu ziehen. An dieser Stelle unterstützen auch wir die Forderung von Amnesty International nach einem internationalen und unabhängigen Untersuchungsmechanismus im Rahmen des UN-Systems. Dabei darf unter keinen Umständen das wirtschaftliche Interesse einzelner Länder Vorrang vor dem fundamentalen Grundsatz der Menschenrechte erhalten. Wir fordern ein Ende der Symbolpolitik und konkrete international koordinierte Sanktionen. Gerade in der Rolle als wichtigster Handelspartner des Irans darf Deutschland sich eine zurückhaltende und inkonsequente Außenpolitik nicht länger leisten. Deshalb unterstützen auch wir einen bundesweiten Abschiebestopp in den Iran, wie er von einzelnen Bundesländern bereits verhängt wurde, als Zeichen der Solidarität mit den demonstrierenden Student:innen, Lehrenden und insbesondere den Frauen, die für ihre grundlegenden Rechte auf die Straße gehen und Leib und Leben riskieren.

Peimaneh Nemazi-Lofink

Foto: privat

Wie entschieden der zivilgesellschaftliche Protest auch außerhalb des Iran gegen das dortige Unrechtsregime weitergeht, zeigte sich im Oktober in Berlin. Über 100.000 Teilnehmer:innen aus USA, Kanada und zahlreichen europäischen Ländern, vor allem Mitglieder iranischer Exil-Communities, sind dem Aufruf des „Woman* Life Freedom Kollektiv“ gefolgt, sich mit der Protestbewegung im Iran solidarisch zu zeigen. Dazu aufgerufen hatte der aus Kanada angereiste Mitbegründer der Initiative „Iranians for Justice and Human Rights“, Hamed Esmaeilion. der beim Abschuss einer ukrainischen Passagiermaschine nahe Teheran im Januar 2020 seine Frau und seine Tochter verloren hat.

Weltweit gehen seither nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern mehrere tausende Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit den Demonstrierenden in Iran zu zeigen und ihre Forderungen an die westlichen Länder zu richten.

Deshalb sind auch die Anstrengungen der EU darauf zu konzentrieren, die menschenrechtsfeindliche iranische Führung durch Sanktionen spüren zu lassen, dass ihre Handlungen keineswegs ohne Konsequenzen der internationalen Gemeinschaft bleiben werden. Anstrengungen auf diversen politischen Ebenen, die reale spürbare Konsequenzen für die Verantwortlichen zur Folge haben, sind unabdingbar und liegen in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger, die nicht erst seit dem verhängnisvollen Tod Masha Jina Aminis Zeuge der schon lange andauernden antifeministischen und höchst klerikalen Politik des Irans sind. Masha Jina Amini musste ihr Leben lassen und es liegt an uns, sie zu würdigen und nicht zu vergessen. Der Protest muss und wird daher weitergehen. Ihr Fall steht darüber hinaus für eine zutiefst tragische Erinnerung, dass Menschenrechte als höchstes und unverhandelbares Gut stets über wirtschaftliche Interessen einzelner Staaten zu stellen sind.“ //

DGUV Regel „Branche Hochschule“

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung hat mit der DGUV Regel 102-603 „Branche Hochschule“ eine neue Branchenregel in ihr Vorschriften- und Regelwerk aufgenommen. (Davor sind erschienen: DGUV Regel 102-601 Branche Schule, DGUV Regel 102-602 Branche Kindertageseinrichtungen.)
Mit dieser Regel werden die Verantwortlichen unterstützt, den Arbeits- und Gesundheitsschutz-Anforderungen gerecht zu werden.
Die umfangreiche Regel Branche Hochschule gibt den Vertretern der Hochschulleitungen, den Personalräten, den Fachkräften für Arbeitssicherheit und den Betriebsärzten sowie den Aufsichtspersonen und Präventionsfachkräften der Unfallversicherungsträger ein wertvolles Arbeitsmittel an die Hand. //

d.r.

Gefährdungsbeurteilung gemäß Arbeitsschutzgesetz ist Pflicht!

➲ Der Dienstherr/Arbeitgeber spart an Ressourcen (z.B. zu wenig Personal, überlange Arbeitszeiten, wechselnde Einsätze führen zu Zeitdruck, Stress und Arbeitsunzufriedenheit).

➲ Führungskräfte beziehen das Personal kaum in Entscheidungen ein (z.B. bei der Arbeitszeitgestaltung, unklare und widersprüchliche Weisungen)

➲ Das Arbeitsklima ist belastend (z.B. schlechte Kommunikationsstruktur, mangelnde Wertschätzung, Grüppchenbildung, Missachtung von Mitwirkungsrechten, Arbeitsplatzverunsicherungen)

➲ Das Personal hat unzureichende Arbeitsmittel, unzureichende Fortbildung, ungünstige Arbeitsumgebungen.

➲ Also ran an die Gefährdungsbeurteilung, das Durchführen geeigneter Maßnahmen und Evaluierung von deren Wirksamkeit. Das IfL, die Unfallkasse geben Untersützung. //

d.r.

In allen Unterrichtsräumen CO2-Ampeln!

Der Expertenrat der Bundesregierung empfiehlt, CO2-Messungen in allen Klassenräumen verpflichtend einzuführen. Sachsen folgt der Empfehlung und will alle Unterrichtsräume mit CO2-Ampeln ausstatten. Sie sollen helfen, richtig zu lüften.

Schadstoffe wie Kohlenstoffdioxid in der Atemluft stellen ein Risiko für die öffentliche Gesundheit dar. Sie führen zu Beschwerden wie Unwohlsein, Konzentrationsschwäche und Minderung der Arbeitsqualität. Diese Symptome treten bereits auf, lange bevor eine zu hohe CO2-Konzentration in der Atemluft bewusst wahrgenommen wird. Je nach Intensität der Nutzung eines Raumes steigt die Kohlenstoffdioxid-Menge in der Raumluft an und verschlechtert deren Qualität.

Schon ab einem Wert von 1.200 –1.500 ppm kann sich das allgemeine Wohlergehen enorm verschlechtern und es können Beschwerden wie Schläfrigkeit, Unaufmerksamkeit, Verringerung der Konzentration oder Kopfschmerzen auftreten.

Nach der Europäischen Norm EN 13779 werden die Einstufungen vorgenommen:

unter 800 ppm	hohe Raumluftqualität
800- 1000 ppm	mittlere Raumluftqualität
1000 – 1400 ppm	mäßige Raumluftqualität
über 1400 ppm	niedrige Raumluftqualität

Mit dem Kohlendioxidgehalt steigt auch das Ansteckungsrisiko. Wo eine hohe CO2- Konzentration herrscht, befinden sich besonders viele Aerosole und Keime. Um dem Risiko entgegenzuwirken, hilft ein gezielter und regelmäßiger Luftaustausch. Die CO2-Ampeln können helfen, rechtzeitig für Luftaustausch zu sorgen.
Der Freistaat Sachsen finanziert die Kohlendioxid-Messgeräte. //

d.r.

JA13-Aktion in Frankfurt

Im letztjährigen JA13-Aktionszeitraum im November 22 beteiligte sich die GEW Rheinland-Pfalz mit einer Delegation an der hessischen Demo „Nächster Halt Hessen. A 13 für Grundschullehrkräfte. JETZT!“

Seit Jahren setzt sich die GEW Rheinland-Pfalz für mehr Wertschätzung der Arbeit von Grundschullehrkräften ein. Diese leisten im Vergleich zu ihren Kolleg:innen anderer Schularten gleichwertige Arbeit und verdienen daher eine entsprechende Bezahlung.

„Eine gerechte Bezahlung ist demnach nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung, sondern auch eine Maßnahme gegen den Fachkräftemangel“, so Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz. Hinzu kommt, dass in Rheinland-Pfalz die Grundbesoldung der Grundschullehrkräfte niedriger ist als z. B. in den Nachbarbundesländern Baden-Württemberg und Hessen. Dies hat zur Folge, dass immer mehr rheinland-pfälzische Lehrkräfte in die Nachbarbundesländer abwandern und sich somit der Fachkräftemangel in Rheinland-Pfalz verstärkt.

Unser Kampf für eine gerechte Besoldung erfährt durch die Erfolge in Nordrhein-Westfalen und Bayern, in denen A 13 für verbeamtete Grundschullehrkräfte kommen wird, aktuell Aufwind. Aus diesem Anlass rief die Fachgruppe Grundschulen der GEW Rheinland-Pfalz im Rahmen des JA13-Aktionszeitraums zur Teilnahme an einer Demonstration der GEW Hessen am 12.11. 2022 in Frankfurt auf.

Da Hessen und Rheinland-Pfalz zwei der wenigen Bundesländer sind, in denen die verbeamteten Grundschullehrkräfte noch nach A 12 besoldet werden, war die Idee, dass beide Bundesländer die Synergieeffekte nutzen, um in der Metropole Frankfurt, in räumlicher Nähe zu den Landeshauptstädten Mainz und Wiesbaden, den gemeinsamen Forderungen nach mehr Wertschätzung, gerechter Besoldung sowie Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel Nachdruck verleihen.

Vor dem DGB-Haus in Frankfurt heizten Frauke Gützkow (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik) und Bettina Hermann (stellvertretende Vorsitzende des GEW-Kreises Neustadt an der Weinstraße) mit ihren Reden die Stimmung für den darauffolgenden Demozug zum Opernplatz gewaltig an. „Wir hoffen, dass unsere Landesregierung die Abwanderung von qualifizierten, voll ausgebildeten Lehrkräften endlich als ein Faktor für den Fachkräftemangel anerkennt!“ Und Bettina führte weiter aus: „Wir geben nicht auf, weiter für eine gerechte Besoldung zu kämpfen. Ich gönne es jedem Bundesland, das sein Ziel erreicht. Jeder Erfolg stellt für uns verbliebene Bundesländer ein weiteres Druckmittel dar, das wir gegen die jeweilige Landesregierung einsetzen werden. Ich denke nicht, dass Rheinland-Pfalz als letztes Bundesland auf den Zug aufspringen möchte!“

Die Demo und die Kundgebung waren ein voller Erfolg: Insgesamt 2000 Teilnehmende, darunter die Delegation aus Rheinland-Pfalz, forderten A13 für Grundschullehrkräfte und verbesserte Arbeitsbedingungen an den Schulen.

Die Fachgruppe Grundschule der GEW Rheinland-Pfalz plant für 2023 weitere Aktionen, um das Bildungsministerium und die Landesregierung auf den Fachkräftemangel und die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen an Schulen zu verbessern, aufmerksam zu machen.

Folgt uns auf Instagram (gew_rlp) und Facebook, um unsere Online-Beiträge zu JA13 zu verfolgen und über künftige Aktionen informiert zu werden. //

behe

Bettina Hermann ***von der Fachgruppe Grundschulen sprach für die Delegation aus RLP.***

Foto: GEW

Auch Kolleg:innen aus Rheinland-Pfalz demonstrierten in Frankfurt für A 13 für Grundschullehrkräfte.

Foto: GEW

Jüdisches Leben und jüdische Kultur am Rhein

von Hans Berkessel

Die drei SchUM-Städte Speyer/Schpira, Worms/Warmaisa und Mainz/Magenza waren als Geburtsstätten der aschkenasischen (mittel-, ost- und nordeuropäischen) religiösen Kultur für die jüdischen Gemeinden in Mitteleuropa zu Beginn des 11. Jahrhunderts von zentraler Bedeutung. Ein reger Austausch und enge persönliche Beziehungen zwischen den Gelehrten und Führungsgruppen der drei Gemeinden führten um 1200 zur Bildung eines Gemeindebundes, der die Kultur, Religion und Rechtsprechung der mittel- und osteuropäischen jüdischen Diaspora im Mittelalter nachhaltig prägte. Aufgrund dieser herausragenden religiös-kulturellen Traditionen und den außergewöhnlichen materiellen Überresten wurden die SchUM-Städte im Juli 2021 zum UNESCO-Welterbe ernannt.

Die „Quellenlesebücher" zu den drei SchUM-Städten bleiben aber nicht im Mittelalter und der Frühen Neuzeit stehen, sie führen uns über gut 1.000 Jahre jüdischer Geschichte bis in die Gegenwart. So auch der abschließende Band **Kehilla Schpira. Zeugnisse jüdischen Lebens in Speyer**; seine ausgewählten Bild- und Schriftzeugnisse reichen von der Gründungsurkunde der jüdischen Gemeinde 1084 bis zur Einweihung der neuen Synagoge Beit-Schalom im Jahr 2011. Sie berichten von der kulturellen Blüte des Judentums, gelungener Integration und Akkulturation, aber auch von Leid, Verfolgung und Vernichtung. Besonderes Augenmerk erhalten das geschlossene Ensemble des Judenhofs mit der Ruine der alten Synagoge, welche seit 1104 der älteste jüdische Kultbau in Europa ist, und der mit romanischen Ornamenten verzierten Mikwe, das älteste jüdische Ritualbad Mitteleuropas (1126). Diese Bauten bildeten für fast 400 Jahre das religiöse, kulturelle, rechtliche und administrative Zentrum der jüdischen Bevölkerung in Speyer.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber, Bearbeiterinnen und Bearbeiter haben sich darauf verständigt, neben einem für ein allgemein an jüdischer Geschichte interessierten Lesepublikum gedachten „Quellenlesebuch" im Anhang des Buches eine didaktische Handreichung für den Schulunterricht zu publizieren, die es den Lehrenden ermöglicht, fertig gestaltete Arbeitsblätter im DIN-A-4-Format auszudrucken und für unterrichtliche Zwecke im Klassen- oder Kurssatz zu kopieren.

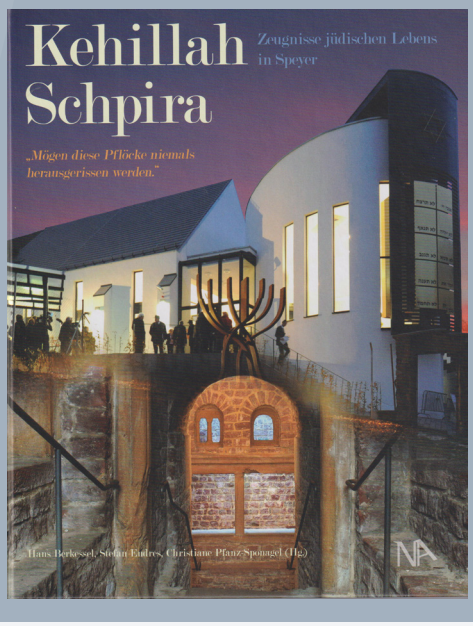
Der Aufbau der Arbeitsblätter folgt dabei einem festen Konzept. Zunächst gibt ein kurzer Einführungstext den Schülerinnen und Schülern die nötigen Informationen zum historischen Kontext, um einen direkten Einsatz im Schulunterricht ohne vorbereitende Hausaufgabe zu ermöglichen. Im Einführungstext finden sich Angaben z. B. zu Personen und Orten des Geschehens, zu den rechtlichen, politischen und sozialen Hintergründen und ggf. auch zum Fortgang der Entwicklung über die Entstehungszeit der Quelle hinaus. Hierbei wurde darauf geachtet, dass der zeitliche Rahmen nicht durch zu komplizierte Sachverhalte gesprengt wird. Dem Einführungstext folgt das Quellenmaterial. Auch hierbei wurde Wert daraufgelegt, die Anzahl und den Umfang der Auszüge aus den Quellentexten angemessen zu gestalten. Exemplarisch wurden hierbei unterschiedliche Quellengattungen berücksichtigt wie z. B. Zeugenberichte, Akten, Fotos, Protokolle oder Flugschriften und Plakate. Falls möglich, wurden gelegentlich auch Originaldokumente reproduziert, um den Schülerinnen und Schülern einen unverfälschten Eindruck zu geben. Schwierige Begriffe oder ungeläufige Abkürzungen werden durch einen leicht verständlichen Fußnotenapparat erläutert. Die Arbeitsblätter können so in der Regel ohne zusätzliche Arbeitsmaterialien bearbeitet werden. Die meisten Quellen sollten nach einer mündlichen thematischen Hinführung mithilfe des Einführungstextes problemlos innerhalb einer Schulstunde bzw. Doppelstunde zu bearbeiten sein.

Zur Quelle gibt es jeweils mehrere Arbeitsvorschläge. Diese sind nach den drei Anforderungsbereichen gestaffelt. Die ersten Aufgaben dienen der reinen Reproduktion, während die darauffolgenden Aufträge einen Transfer beinhalten – und schließlich von den Schülerinnen und Schülern eine Reflexion verlangt wird.

Der Kommentar für die Lehrenden („Hinweise und Erläuterungen zu den Materialien") zu jedem Arbeitsblatt, abgedruckt der Nummerierung der Arbeitsblätter folgend am Ende der Handreichung, bietet Hintergrundinformationen, Lösungsvorschläge, Quellenangaben sowie umfangreiche Literaturhinweise, um der Lehrkraft eine niedrigschwellige, schnelle und zugleich adäquate Vorbereitung auf den Einsatz im Unterricht zu ermöglichen.

Die Auswahl der Quellen ermöglicht einen Unterricht, der auch mit thematischen Längs- und Querschnitten arbeitet. Das gilt z. B. für die über die Jahrhunderte immer wieder angebotenen Rechtsquellen, aber auch für die Beispiele gelungener gesellschaftlicher und kultureller Integration im Alltagsleben jüdischer und nicht-jüdischer Menschen. Die Handreichung erhebt nicht den Anspruch, das jeweils eingeführte Unterrichtswerk als Leitmedium ersetzen zu wollen, sie beinhaltet gleichwohl das Angebot, dieses durch attraktive lokale Quellen zu ergänzen oder auch damit thematische Schwerpunktsetzungen der jüdischen Geschichte etwa in Form des Projektlernens oder als Längsschnittthemen zu ermöglichen. //

Hans Berkessel, Stefan Endres, Christiane Pfanz-Sponagel (Hrsg.)
Kehillah Schpira. Zeugnisse jüdischen Lebens in Speyer.
Mit beigefügter CD 164 Seiten, 86 Abbildungen 21 x 26 cm, geb., Lesebändchen € 20,00 (D) / € 20,60 (A) ISBN: 978-3-96176-140-1; Oppenheim: Nünnerich-Asmus-Verlag 2022



(red)

Rechtsfragen aus dem pädagogischen Berufsalltag

von Dieter Roß und Bernd Huster

Verlegung von Unterricht

Wir planen eine Projektwoche und überlegen, ob wir nicht am besten am Samstag die Eltern und weitere Angehörige zur Präsentation der Ergebnisse einladen wollen. Dafür soll dann ein Zeitraum bis 13 Uhr zur Verfügung stehen. Dabei ist die Frage aufgetaucht, ob als Ausgleich dafür ein anderer Schultag unterrichtsfrei sein kann.

Es gibt dazu eine Verwaltungsvorschrift „Verlegung von Unterricht". Danach kann einmal im Schuljahr eine Verlegung stattfinden. Die Darstellung von Projekten als Abschluss einer Projektwoche an einem Samstag wird dort ausdrücklich genannt. Als Voraussetzung, dass eine wie von euch angedachte Verlegung möglich ist, sind zu nennen:

1. Der Schulelternbeirat muss einverstanden sein.
2. Die Beförderung der Schüler:innen muss sichergestellt werden.
3. Die ADD ist rechtzeitig über den Samstag und den Ausgleichstag zu informieren und es ist ihr dabei die Planung und das Programm der Projektpräsentationen zu liefern.

Vergütung Mehrarbeit

Bei uns an der Schule haben sich zwei beamtete Lehrkräfte zusätzlich zu ihren Unterrichtsstunden bereit erklärt, mit jeweils zwei Unterrichtsstunden an PES teilzunehmen. Die eine hat das Lehramt an Realschulen plus und die andere das Lehramt an Gymnasien. Sie haben mich gefragt, ob ich ihnen die Vergütungsstundensätze mitteilen könne.

Die Mehrarbeitsstunden, die die beiden Kolleg:innen über PES erbringen, werden nach der Landesmehrarbeitsvergütungsverordnung (LMVerGO) vergütet. Die Vergütung beträgt je Unterrichtsstunde für die Kolleg:in mit dem Lehramt Realschule plus 30,67 € und für die Kolleg:in mit dem Lehramt Gymnasien 35,81 €.

Prüfungen – ausfallender Unterricht

Ich habe seit Unterrichtsbeginn in den letzten Wochen und Monaten schon einige Mehrleistungs-/Zuvielarbeitsstunden Unterricht erteilen müssen. Ich habe die Vertretungsplanmacherin daraufhin angesprochen und nach den mir zustehenden Ausgleichsstunden gefragt. Darauf bekam ich die Antwort: „Du bist in Berufsschulklassen eingesetzt. Die machen ihre Abschlussprüfungen. In diesen Zusammenhang fällt Unterricht aus und dann bekommst du deinen Ausgleich." Ist das wirklich so vorgesehen? Eine diesbezügliche Vorschrift, die dieses Vorgehen rechtfertigt, habe ich nicht gefunden.

Es ist zutreffend, dass für Berufsschüler:innen mit dem Ablegen der schriftlichen Abschlussprüfungen deren Unterricht endet. Es handelt sich i.d.R. um sechs Unterrichtstage. Die betroffenen Lehrkräfte sind durch ihre Teilnahme an den Abschlussprüfungen (Korrektur der schriftlichen Arbeiten, Teilnahme an mündlichen und praktischen Prüfungen) beschäftigt.

Solltest du tatsächlich nicht an den Abschlussprüfungen beteiligt sein, kannst du in dieser Zeit zum Ausgleich für Vertretungsunterricht, schulbezogenen Sonderaufgaben und sonstige im dienstlichen Interesse liegenden Aufgaben herangezogen werden. Siehe dazu „Unterrichtsorganisation in der Berufsschule für die Zeit der Ausbildungsabschlussprüfungen".

Die Auskunft, die die Vertretungsplanmacher:in dir gegeben hat, ist insofern nicht in Ordnung. Richte deine schriftliche Aufforderung, die von dir geleisteten Mehrleistungs-/Zuvielarbeitsstunden zeitnah (im Rahmen der nächsten vier Unterrichtswochen) auszugleichen, an die Schulleitung. Ich maile dir ein Formblatt als Hilfestellung.

Plus- und Minusstunden

Bei uns an der Schule gibt es immer mal wieder Streit um Plus- und Minusstunden. Die Vertretungsplanmacherin schreibt für Lehrkräfte Minusstunden auf, die unserer Meinung überhaupt keine sind.

Jede zusätzliche über das persönliche Stundendeputat hinaus zu haltende Stunde ist eine „Plusstunde", soweit es sich nicht um eine tatsächliche und schriftlich angeordnete und begründete Mehrarbeit im Sinne der VV „Mehrarbeit im Schuldienst" handelt.

Die „Plusstunde" ist als Mehrleistung/Zuvielarbeit auszugleichen durch Freizeit. „Minusstunden" sollten Kolleg:innen nur dann akzeptieren, wenn sie dadurch das Schulhaus früher verlassen oder später kommen können. Wir empfehlen die persönliche Dokumentation (Datum, Uhrzeit, Klasse/Lerngruppe, Fach), damit klar ist, wann man als Lehrkraft eine zusätzliche Unterrichtstunde zu halten hatte. Und selbstverständlich auch, wann genau die jeweilige zusätzliche Unterrichtsstunde durch den Wegfall einer Unterrichtsstunde ausgeglichen wurde.

Weiter wird empfohlen, darauf hinzuwirken, dass „Plusstunden" Mehrleistung/Zuvielarbeit zeitnah ausgeglichen werden. Dieses Anliegen sollte auch der örtliche Personalrat deutlich unterstützen.

Als Hilfestellung hänge ich ein Formular an.

Hinausschieben des Ruhestandes

Ich befinde mich im letzten Schuljahr vor der Regelaltersgrenze für die beamteten Lehrkräfte. Ich werde im Dezember 65. Durch meine Kinder habe ich recht lange nur in Teilzeit gearbeitet und werde, wie eine Kollegin mir sagte, wohl nur eine geringe Pension haben. Ich fühle mich fit, mache meinen Lehrer:innenberuf noch sehr gern und möchte eigentlich noch weiterarbeiten und noch nicht in Pension. Gibt es die Möglichkeit, den Ruhestandsbeginn hinauszuschieben?

Es gibt die Möglichkeit, das Hinausschieben des Ruhestandes schriftlich bei der ADD zu beantragen- auf dem Dienstweg über die Schulleitung an die ADD in Trier. Die Rechtsquelle findet sich in § 38 Landesbeamtengesetz. Das Hinausschieben würde sich zuerst auf das Schuljahr 2023/24 beziehen und der Antrag müsste im Januar 2023 gestellt werden.

Ich rate, zuerst mit der Schulleitung über das Hinausschieben zu sprechen, um auszuloten, ob sie den Antrag positiv befürworten würde.

Der Antrag auf das Hinausschieben kann nacheinander insgesamt dreimal gestellt werden. Das Gehalt läuft weiter und die Altersermäßigung wird auch fortgeführt. Jedes volle Dienstjahr, das durch das Hinausschieben gewonnen wird, erhöht den Ruhegehaltssatz um 1,79375%-Punkte.

Ich maile dir das Formblatt Ruhegehalt, das mir ausgefüllt auch per Post zugesandt werden kann. Dann kann ich konkret berechnen, wie sich die verschiedenen Ausstiegsszenarien auf den Ruhegehaltssatz und auf das Ruhegehalt auswirken.

Altersteilzeit für TV-L-Beschäftigte im Schuldienst

Ich bin TV-L-beschäftigte Lehrkraft und im Juni 1962 geboren. Die Belastungen nehmen zu, Entlastungen sind nicht zu erkennen. Deshalb inte-

ressiere mich ich für Altersteilzeit. Kannst du mir Informationen zur Altersteilzeit geben?

Ausgehend von deinem Geburtsmonat ist deine Regelrentengrenze Ablauf des Februar 2029 (Monatsende nach Vollendung des 66. Lebensjahres + 8 Monate).

Kläre zuerst mit der Deutschen Rentenversicherung, wann du auf eigenen Antrag vor deiner Regelaltersgrenze in Rente gehen kannst und welche Auswirkungen dies auf deinen Rentenbezug hat (Entgeltpunkte, Rentenwert und zusätzlich Versorgungsabschlag beachten!). Wenn du mit Ablauf des Januar 2029 in Rente gehen würdest, wäre der Versorgungsabschlag bei 0,3%, solltest du mit Ablauf des Juli 2028 in Rente gehen, läge der Versorgungsabschlag bei 2,1%. Altersteilzeit (ATZ) kann derzeit bis max. 3 Jahre vor dem Verrentungstermin gewährt werden. Nach deiner Motivation kommt das Blockmodell in Frage. Blockmodell bedeutet: 1,5 Jahre Weiterarbeit wie davor, 1,5 Jahre volle Freistellung von der Arbeit und dann folgt die Rente.

Konkret für deinen Fall:

Eintritt in die Rente zum 01.08.2028, Start der ATZ im Blockmodell mit dem 01.08.2025, vom 01.08.2025 bis 31.01.2027 Weiterarbeit wie bisher, Freistellungsphase vom 01.02.2027 bis 31.07.2028.

In den drei ATZ-Jahren hat man Anspruch auf das halbe Brutto, das versteuert wird. Hinzu kommt ein ATZ-Zuschlag von 20% des halben Brutto. Für die Rentenversicherung wird man so gestellt, als ob man zu 80% beschäftigt wäre.

Teilzeit - Überlastung

Ich mache auch wegen meiner Kinder Teilzeit im Umfang einer 3/4-Stelle. Bei der Unterrichtsverpflichtung stimmt das. Aber bei den anderen ungebundenen dienstlichen Tätigkeiten stimmt es nicht. Ich habe eine Klassenleitung und bei Konferenzen, Besprechungen etc. werde ich genau so beansprucht wie die anderen Vollzeitkolleg:innen. Ich habe die Schulleitung auf die VV „Umfang der dienstlichen Verpflichtungen von Teilzeitkräften" hingewiesen. Das Einzige, was sich geändert hat, ist, dass meine Aufsichtsverpflichtung jetzt 3/4 der Aufsichtszeiten der Vollzeitkraft entspricht. Was kann ich tun?

Die Wochenarbeitszeit der Beamt:innen in Rheinland-Pfalz beträgt nach der Arbeitszeit-Verordnung durchschnittlich 40 Zeitstunden die Woche. Bei einer 3/4-Stelle, die ja auch nur zu 3/4 bezahlt wird, liegt die Wochenarbeitszeit bei durchschnittlich 30 Zeitstunden je Woche.

Es gibt ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus 2015, das besagt, teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte dürfen in der Summe ihrer Tätigkeiten nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden. Konkret heißt das: Beim dienstlichen Einsatz ist eine Gesamtbetrachtung der gebundenen und der ungebundenen Arbeitszeit vorzunehmen. Der dienstliche Einsatz der Teilzeit-Lehrkraft ist in Gesamtbetrachtung der gebundenen und der ungebundenen Arbeitszeit entsprechend dem bezahlten Teilzeitumfang zu gestalten. Die Schulleiter:in ist hierzu in der Pflicht. Ich schlage vor, liste doch für die nächsten vier Unterrichtswochen die zeitliche dienstliche Beanspruchung auf, die du hast. Ich kann dir eine Liste der Tätigkeiten senden, die dir bei der Erfassung helfen kann.

Foto: GEW-Archiv

Altersermäßigung

Ich bin angestellte Lehrkraft an einer kommunalen Schule in Rheinland-Pfalz. Ich wurde im März 1961 geboren und unterrichte in Vollzeit. Wann kann ich mit der Altersermäßigung von 3 Wochenstunden rechnen?

In § 9 der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung, die für beamtete und für TV-L-beschäftigte Lehrkräfte gilt, ist ausgeführt: Lehrkräfte, die, berechnet ohne Altersermäßigung, mindestens die Hälfte des Regelstundenmaßes Unterricht erteilen, ohne in Altersteilzeit zu sein, wird mit Beginn des Schuljahres, in dem sie das 64. Lebensjahr vollenden, 3 Wochenstunden Altersermäßigung gewährt. Da du im März 2025 dein 64. Lebensjahr vollendest, hast Du ab dem 01.08.2024 Anrecht auf die 3 Stunden Altersermäßigung.

Schwerbehindertenvertretung

Es stehen Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung an. Bisher waren wir als schwerbehinderte Menschen an unserer Schule mit den schwerbehinderten Menschen an anderen Schulen verbunden und wählten eine Vertrauensperson und ihre Stellvertretung. Ich bin selbst schwerbehindert und habe an unserer Schule recherchiert. Bei uns gibt es sieben Schwerbehinderte. Steht uns eine eigene Vertretung zu?

§ 177 SGB IX ist für deine Fragestellung einschlägig: In Betrieben und Dienststellen, in denen wenigstens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, werden eine Vertrauensperson und wenigstens ein stellvertretendes Mitglied gewählt, das die Vertrauensperson im Fall der Verhinderung vertritt. Wahlberechtigt sind alle in dem Betrieb oder der Dienststelle beschäftigten schwerbehinderten Menschen. (Hinweis: Schwerbehindert-> mind. 50 GdB).

Wählbar sind alle in dem Betrieb oder der Dienststelle nicht nur vorübergehend Beschäftigten, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und dem Betrieb oder der Dienststelle seit sechs Monaten angehören. Da- wie du sagst- an deiner BBS die Bedingung von Satz 1 erfüllt ist, ist in der Dienststelle eine Vertrauensperson zu wählen und wenigsten eine Stellvertretung. Du solltest, wenn geklärt ist, dass die Bedingung nach Satz 1 an deiner BBS erfüllt ist, dem Einlader mitteilen, dass die Wahl der Vertrauensperson vor Ort für deine BBS stattfindet.

Du kannst nach Abs. 6 das Integrationsamt entsprechend in Kenntnis setzen und dieses ggf. um Unterstützung ersuchen.

Betriebe oder Dienststellen, die die Voraussetzungen nach Satz 1 nicht erfüllen, können für die Wahl zusammengefasst werden.

51,85% Besoldung, aber 70% Arbeit

Ich mache als beamtete Lehrkraft Teilzeit im Umfang von 14/27 Unterrichtsstunden. Mein Grundgehalt beträgt 51,85% einer vergleichbaren Vollzeitkraft. Ich habe mir mal für einen Monat die Zeiten notiert, zu denen ich dienstlich tätig war. Ich kam auf 70%.

in RLP gilt für die Beamt:innen die durchschnittliche 40-Stunden-Woche. Bei einer Teilzeit von 14 Unterrichtsstunden von 27 Unterrichtsstunden Regelstundenmaß bedeutet das eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 20,74 Zeitstunden. Deine dienstliche zeitliche Beanspruchung soll sich an dieser durchschnittlichen Wochenarbeitszeit ausrichten. Die Teilzeitbeschäftigte sowie die Schulleitung sind dafür in der Verantwortung. Deine dienstliche Tätigkeit umfasst die Unterrichtsstunden und die Aufsichtszeiten, die im Dienstplan festgelegt sind. Der Unterricht wird von dir vor- und nachbereitet, einschließlich der Korrekturarbeiten. Die Schulleitung bindet Arbeitszeit durch Konferenzen, Dienstbesprechungen, Arbeitssitzungen und Ähnliches. Es sind also Regelungen zu finden, die Sorge tragen, dass du nur im Rahmen deiner Wochenarbeitszeit dienstlich beansprucht wirst. Zusätzlich verweise ich auf die VV „Umfang der Dienstlichen Verpflichtungen von Teilzeitkräften“.

Danach ist eine unverhältnismäßige Belastung zu vermeiden. Die Schulleitung kann z.B. entsprechende Beurlaubungen/Freistellungen/das Nichtheranziehungen zu Sitzungen/Besprechungen etc. aussprechen.

Ich schlage vor, die zeitlichen dienstlichen Beanspruchungen (einschließlich der häuslichen Vor- und Nachbereitung, der dienstlichen Telefonate mit Eltern und Schüler:innen) selbst für einen weiteren Monat aufzulisten. Anschließend sollte das Gespräch mit der Schulleitung gesucht werden, mit dem Ziel die zeitliche dienstliche Beanspruchung auf das Zeitmaß, das durch deine Teilzeitbeschäftigung vorgegeben ist, anzupassen.

Foto: iGEW-Archiv

Berufsunfähigkeitsversicherung

Ich bin jetzt seit fünf Jahren beamtete Lehrkraft auf Lebenszeit. Brauche ich eigentlich noch eine Berufsunfähigkeitsversicherung?

Nehmen wir an, du würdest zum Ende des Schuljahres wegen Dienstunfähigkeit in Pension geschickt. Dann würde zuerst ermittelt, wie viele ruhegehaltsfähige Dienstjahre du erdient hast. Die Hochschulausbildung wird mit 2 Jahren 125 Tage angerechnet, der Vorbereitungsdienst als Vollzeitbeschäftigung und dann folgend die Dienstzeiten, die du als Lehrkraft absolviert hast. Danach würde dir die Zeit bis zum Monatsende nach Vollendung des 60. Lebensjahres zu 2/3 als ruhegehaltsfähige Dienstzeit zugerechnet. Aus dieser Gesamtzahl der ruhegehaltsfähigen Dienstjahre ergibt sich der Ruhegehaltssatz und dieser wird dann auf die Besoldungsgruppe und-stufe bezogen, aus der du in den Ruhestand trittst. Wenn Du mir deine Laufbahndaten übermittelst, kann ich dir das durchrechnen.

Eingruppierung Kita-Sozialarbeit

Vor einigen Monaten kam es zu einer Tarifeinigung im TVöD Sozial- und Erziehungsdienst. Es wurden Regenerationstage und Zulagen für den sozialen Bereich erreicht. Im Zuge dieser Tarifeinigung fand für die Schulsozialarbeit eine Höhergruppierung von S 11 b in die S 12 statt. Da in der Folge der Umsetzung des neuen Kita-Gesetzes vielerorts Stellen für Kita-Sozialarbeit geschaffen worden sind, ist meine Frage, wie diese Beschäftigten eingruppiert werden. Die Kita-Sozialarbeit ist im Grunde ja das Gegenstück zur Schulsozialarbeit und sollte deswegen meiner Meinung nach gleichbehandelt werden. Gibt es diesbezüglich bereits Gespräche, Verhandlungen oder Entscheidungen?

Bisher fehlt in der Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst ein Tätigkeitsmerkmal Kita-Sozialarbeit. Die Eingruppierung von entsprechenden Beschäftigten erfolgt – abhängig von der jeweiligen Ausbildung- durch Vereinbarung im jeweiligen Arbeitsvertrag. Die Aufnahme eines Tätigkeitsmerkmals Kita-Sozialarbeit in die Entgeltordnung müsste zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbart werden. Da es sich beim TVöD um einen Flächentarifvertrag handelt, der bundesweit gültig ist, wäre zunächst die Frage zu beantworten, wo es Kita-Sozialarbeit überall gibt, mit welchen Aufgaben diese jeweils betraut ist und wie diese Tätigkeit tarifpolitisch bewertet werden soll. Da die Laufzeit der aktuellen Entgeltordnung erst am 31.12.2026 endet, kann frühestens zu diesem Zeitpunkt über eine mögliche Forderung der Gewerkschaften verhandelt werden.

Abgeltung Resturlaub

Meine Elternzeit endet im Februar und ich habe noch einen restlichen Urlaubsanspruch aus den Jahren 2021 und 2022, in denen ich mich im Beschäftigungsverbot, in Mutterschutz und in Elternzeit befunden habe. Mein Arbeitgeber möchte, dass ich die Urlaubstage direkt im Anschluss nach der Elternzeit nehme, da dann noch personelle Vertretung da sei. Ich möchte den Urlaub aber lieber zu einem späteren Zeitpunkt nehmen, um damit die Betreuung meines Kindes abzudecken. Darf der Arbeitgeber mich zwingen, den Urlaub direkt an meine Elternzeit anzuhängen?

Bei der zeitlichen Lage des Urlaubs sind Ihre Wünsche zu berücksichtigen. Solange Sie keinen Urlaubsantrag gestellt und genehmigt bekommen haben oder Ihr Arbeitgeber einen Urlaub angeordnet hat, verbleibt Ihr Ur-

laubsanspruch. Eine Anordnung durch den Arbeitgeber kann rechtmäßig nur erfolgen, wenn es dafür einen wichtigen Grund gibt. Das wäre etwa eine Schließzeit der Kita. Ein Grund, dass noch personelle Vertretung da ist, würde als Begründung nicht ausreichen. Falls für Sie ein Personalrat zuständig sein sollte, könnte dieser in Ihrer Urlaubsangelegenheit unterstützend tätig werden und mitbestimmen. Beachten Sie bitte bei der Planung Ihrer Urlaubstage auch, dass Urlaub Verfallfristen unterliegt.

Nach Rücktritt ist Personalrat unvollständig

Unser siebenköpfiger Personalrat besteht nur noch aus sechs Mitgliedern. Alle Nachrücker sind inzwischen aufgerückt und zu ordentlichen Personalratsmitgliedern geworden. Außerdem haben sowohl der Vorsitzende als auch die Stellvertreterin ihre Funktionen niedergelegt. Sie bleiben dem Personalrat aber als normale Mitglieder erhalten. Da sich bisher niemand bereit erklärt hat, die Position des Vorsitzenden zu übernehmen, ist der Personalrat aktuell führungslos. Unsere Fragen lauten: Müssen aufgrund des fehlenden Personalratsmitglieds Neuwahlen ausgeschrieben werden oder darf der Personalrat in dieser Konstellation bis zur nächsten Wahl im Jahr 2025 weiterarbeiten? Darf ein Personalrat ohne Vorsitzenden weiterhin tätig sein oder muss aus diesem Grund neugewählt werden?

Der Personalrat kann mit sechs Personen weiterarbeiten. Das Landespersonalvertretungsgesetz regelt, dass der Personalrat aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden wählt und trifft Regelungen zu deren Aufgaben. So vertritt diese oder dieser den Personalrat im Rahmen der von ihm gefassten Beschlüsse. Zur Entgegennahme von Erklärungen, die dem Personalrat gegenüber abzugeben sind, ist nur die Vorsitzende oder der Vorsitzende befugt. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende beraumt die Sitzungen des Personalrats ein, legt die Tagesordnung fest und leitet die Verhandlungen. Für den Fall, dass der Personalrat vorübergehend ohne Vorsitz arbeitet, muss auf jeden Fall geklärt werden, welche Person im Sinne der oben genannten Paragrafen zuständig sein und benannt werden soll. Bei einer Neuwahl sollte vorab sichergestellt sein, dass diese auch mit Erfolg durchgeführt werden kann.

Erneute Eingruppierung nach vorheriger Kündigung

Vor etwas mehr als einem Jahr hatte ich mein Arbeitsverhältnis als Erzieherin bei einer Kommune gekündigt. Zum Zeitpunkt der Kündigung befand ich mich seit zweieinhalb Jahren in der Stufe 3 meiner Entgeltgruppe. Seit kurzem arbeite ich wieder bei demselben Träger und in derselben Kita. Ich wurde in die Stufe 3 eingestuft. Habe ich einen Anspruch, meine ehemaligen Laufzeitjahre fortzusetzten, oder fange ich wieder von vorne an?

Eine Festsetzung von Stufe 3 entspricht der tariflichen Regelung. Sie haben zwar keinen Anspruch darauf, die Laufzeitjahre aus Ihrer ehemaligen Beschäftigung mitzunehmen, eine entsprechende freiwillige Vereinbarung bleibt aber möglich. //

Kreis Altenkirchen

Arbeitszeit, Mehrarbeit und Vertretungskonzept

Immer wieder werden die Vertrauensleute und Personalräte der GEW auf die Themen „Mehrarbeit“ und „Ausgleich von Mehrarbeit im Rahmen eines Vertretungskonzepts“ angesprochen. Deshalb hat der Kreisverband GEW Altenkirchen sich entschlossen, dazu eine Fortbildung anzubieten. Als Referent konnte Klaus Schabronat, GEW-Mitglied im Bezirkspersonalrat Gymnasien, gewonnen werden.

Nach einer strukturierten Darstellung der rechtlichen Grundlagen folgten Fallbeispiele, anhand derer konkrete Probleme an den Schulen diskutiert werden konnten.

Deutlich wurde, dass Mehrarbeit nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen von der Schulleitung angeordnet werden darf. Diese Bedingungen müssen alle erfüllt sein. Laut Referenten treten solche Situationen im Schulalltag nur äußerst selten auf.

Deshalb handelt es sich bei Vertretungsunterricht meist um „Mehrleistungen“. Daraus folgt, dass jede Stunde, die über die persönliche Unterrichtsverpflichtung hinaus angeordnet wird, wieder auszugleichen ist. Um hier eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu finden, bedarf es eines Vertretungskonzepts. Allerdings gebe es, so Klaus Schabronat, kein allgemein gültiges Vertretungskonzept. Jede Schule müsse auf der Basis einer sauberen Analyse der konkreten Schulbedingungen zu einer schuleigenen Konzeption kommen.

Interessant war, dass auch Mitglieder von Schulleitungen an der Fortbildung teilgenommen haben. So konnten besonders bei den Fallbeispielen die unterschiedlichen Sichtweisen von Schulleitungen und Lehrkräften beleuchtet werden.

Der Kreisvorsitzende Heribert Blume fasste am Ende der digitalen Konferenz zusammen, dass sich sowohl Schulleitungen als auch Kolleg:innen mit einem Problem herumschlagen müssten, das primär in der nicht ausreichenden Versorgung der Schulen mit Lehrer:innen bestehe. Er wies darauf hin, dass die GEW seit Jahren eine Lehrerversorgung von 105 % der Schulen fordere. //

hb

Kreis Kaiserslautern

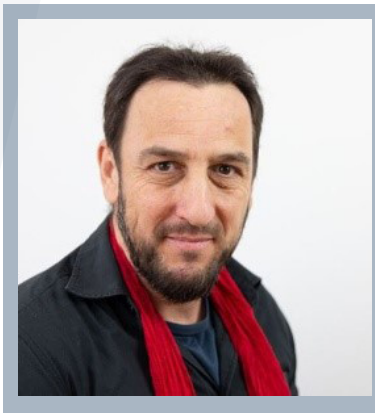
Thema mit Konfliktstoff und Klärungsbedarf

„Lehrer und Lehrerinnen müssen 3 Stunden unbezahlte Mehrarbeit pro Monat leisten."

Der Referent Andreas Mertens, Vorsitzender des BPR IGS und Mitglied des Landesfachgruppenausschusses IGS, griff diese Aussage auf, um dann den Unterschied zwischen Mehrarbeit und Überstunden zu erläutern. Mehrarbeit darf es laut Landesbeamtengesetzes nur in Ausnahmefällen geben, wenn zwingende dienstliche Belange vorliegen, die nicht vorhersehbar waren, und muss schriftlich angeordnet werden. Andreas zeigte auf, was darunter zu verstehen ist, aber vor allem, was nicht. Eigentlich entstehen unvorhersehbare Situationen in diesem Verständnis an den Schulen selten, Beispiele aus anderen Beamtenbereichen verdeutlichen das. Als unvorhersehbar werden in anderen Dienstbereichen angeführt z.B. Katastropheneinsatz, Großveranstaltungen wie G7-Gipfel u.ä. . Klassenfahrten, Fortbildungen, Mutterschutz ... erfüllen die Kriterien nicht. Wenn Mehrarbeit denn entstehen sollte, muss sie schriftlich angeordnet werden, ein Vertretungsplan reicht nicht aus.

Wenn die Bedingungen für Mehrarbeit nicht erfüllt sind, handelt es sich bei Vertretungen, die über das persönliche Deputat hinaus gehalten werden müssen, um reguläre Überstunden (Mehrleistung).

Diese müssen im Verlauf eines Jahres von der ersten Stunde an durch Freizeit ausgeglichen werden. Dazu werden häufig die „Minusstunden" herangezogen, die nach Aussage von Andreas Mertens rechtlich nur bei Beurlaubung ohne Rechtsanspruch entstehen. Die Abwesenheit von Schülern und Schülerinnen z. B. während eines Praktikums ist nicht zwingend mit Freizeit für die Lehrkraft gleichzusetzen, sondern es bietet sich wie bei sonstigem Stundenausfall die Übernahme von anderen



Andreas Mertens

Foto: privat

dienstlichen Aufgaben an.

Fragen aus dem schulischen Alltag der Teilnehmer und Teilnehmerinnen zeigten, dass bei der täglichen Umsetzung dieser rechtlichen Vorgaben und Möglichkeiten häufig Konflikte entstehen können. Christian Roth vom Kreisverband Kaiserslautern konnte Andreas Mertens mit seiner praktischen Erfahrung im Bereich Stundenplanorganisation/ Unterrichtseinsatz hilfreich unterstützen. Beide rieten den Schulen, dringend eine Dienstvereinbarung abzuschließen. Beteiligt sind dabei die Schulleitung, der ÖPR und die Gesamtkonferenz. Auch wenn sich Konflikte um Vertretung und Überstunden häufig als Konflikte zwischen Schulleitung und Lehrkraft darstellen, ist es in der Mehrheit der Fälle ein Konflikt zwischen der schulischen Realität und der mangelnden personellen Ausstattung. Eine Dienstvereinbarung kann durch abgesprochene Regelungen helfen, diesen Konflikt zu entpersonalisieren. //

Claudia Niggemann

Kreis Rhein-Lahn

Willi Schmiedel 70 Jahre GEW-Mitglied

Foto: GEW-Rhein-Lahn

Es war eine besondere Freude und Ehre für Yvonne Schulski und Michael Scholl, das Vorsitzendenteam der GEW Rhein-Lahn, Willi Schmiedel für 70 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Rahmen der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes zu ehren.

„Unser Dank gilt auch deiner jahrelangen Mitarbeit in der GEW auf Kreisebene, als Delegierter und auch Mitwirkender auf Bezirks- und Landesebene. Dein Können und Wissen in schulrechtlichen und gewerkschaftlichen Fragen waren gefragt. Viele Jahre nach deiner Pensionierung als Leiter der Grund- und Hauptschule in der Esterau in Holzappel hast du dich vorbildlich um die Senior:innen gekümmert. Noch heute verfolgst du aktiv das bildungspolitische Geschehen, besonders in Rheinland-Pfalz und auf Kreisebene", so die GEW-Vorsitzenden Yvonne Schulski und Michael Scholl. Aus der Antwort von Willi Schmiedel entwickelte sich eine interessante Geschichtsstunde. „Bildungsgerechtigkeit ist immer noch nicht erreicht. Wir alle müssen weiter aktiv sein, um Bildungsgerechtigkeit zu erreichen und in der Wirklichkeit zu leben -zum Wohl unserer Kinder und der demokratischen Gesellschaft", so das abschließende Fazit. //

d.r.

Aus dem Leben eines Plusianers

Es geht ums Prinzip

Wir leben seit über drei Jahren in einer krisenhaften Zeit, die viele Menschen physisch (Krankheiten), psychisch (Zukunftsängste) und materiell (Inflation generell, Energiekosten speziell) an den Rand der Belastbarkeit brachte/bringt bzw. diesen sogar überschreitet. Die Starken belastet das weniger (bzw. sie profitieren sogar teils aus den Krisen) als die Schwachen- darunter insbesondere die ganz Jungen und die ziemlich Alten- mal abgesehen von den materiell Abgehängten.

Auch unseren Mitgliedern im Ruhestand geht es unterschiedlich: Eine Studiendirektorin im Ruhestand kann finanzielle Einbußen viel besser verkraften als ein verrenteter Erzieher. Die Kluft zwischen Pensionen (über 70 %) und Renten (unter 50 %) der vorherigen Bezüge ist und bleibt ein Skandal, an den sich aber niemand herantraut.

Allzu verständlich, wenn Menschen in der Krise individuelle Auswege suchen, um die eigenen Ausgaben zu reduzieren. Da kommt natürlich primär in den Sinn, was freiwillig getätigt wird – darunter der Beitrag für die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Eine verständliche Idee, aber dennoch keine gute.

Lassen wir dazu einen älteren Bekannten sprechen, der als Alleinlebender viel Zeit in seiner „kleinen Kneipe in unserer Straße“ verbringt. Nach Jahrzehnten in der großen Fabrik genießt er seine ordentliche Rente (inklusive zusätzlicher Betriebsrente) und schweigt meist genüsslich vor sich hin. Neulich wurde er jedoch wütend. Zwei Ex-Kollegen prahlten damit, wegen nichtiger Anlässe aus ihrer mächtigen Industriegewerkschaft ausgetreten zu sein: „Dafür habe ich null Verständnis. Es geht ums Prinzip! Ein Arbeiter gehört in eine Gewerkschaft.“

Gerne hätte ich ergänzt: „Genau richtig. Macht braucht Gegenmacht! Wo stünden wir ohne Gewerkschaften?“ Und dann wäre ein langer Monolog gefolgt. Aber besser nicht. Wer braucht schon kluge Sprüche eines pensionierten Lehrers? Was der Kollege von sich gab, sprach doch für sich. //

Günter Helfrich

GEW - ZEITUNG - Rheinland-Pfalz 01 + 02 / 2023 Inhalt

Editorial	Apologie der frühen Auslese	von Günter Helfrich	Seite	2
Landespolitik	GEW zu Besoldungsfragen	von Klaus-Peter Hammer	Seite	3
Bildungspolitik	Zähes Ringen um Enquette-Kommission	von Dr. Brigitte Schumann	Seite	4 - 5
„Schule mit Zukunft“	Fachtagung der GEW		Seite	6 - 7
	Interview mit Rolf Haug		Seite	8 - 9
	Interview mit Manfred Schabowski		Seite	10 - 11
	Aus den Foren		Seite	12
Politik international	Solidarität imit den Protestierenden im Iran		Seite	13
Gesundheit			Seite	14
Besoldung	JA13-Aktion in Frankfurt	von Bettina Hermann	Seite	15
Buchtipps	Jüdisches Leben		Seite	16
Recht	Rechtsfragen aus dem pädagogischen Berufsalltag	von Dieter Roß und Bernd Huster	Seiten	17 - 20
Kreis und Region	Kreise Altenkirchen, Kaiserslautern, Rhein-Lahn		Seiten	20 - 21
Generation 60+	Aus dem Leben eines Plusianers	von Günter Helfrich	Seite	22
ABC der GEW	Schabronats ABC der GEW	von Klaus Schabronat	Seite	23
Zeitgeist	Kein Entrinnen!	von Gabriele Frydrych	Seite	24

Impressum

GEW-ZEITUNG Rheinland-Pfalz *(130. Jahrgang)*

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz
Dreikönigshof, Martinsstr. 17, 55116 Mainz, Tel.: 06131 28988-0,
Fax: 06131 28988-80, www.gew-rlp.de, E-Mail: gew@gew-rlp.de

Redaktion: Günter Helfrich (verantw.), Dr. Paul Schwarz, Antje Fries, Karin Helfrich, Klaus Schabronat

Redaktionsanschrift: GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, Postfach 22 02 23, 67023 Ludwigshafen
Tel. 0621 68509749, Mobil 0172 2775243, E-Mail guenter.helfrich@gew-rlp.de

Verlag, Anzeigen, Satz und Layout: mi | MARKETING + WERBUNG | Stephanstr. 5 | 67434 Neustadt
Tel. 06321 86066, www.ibelshaeuser.de, E-Mail: info@ibelshaeuser.de

Druckabwicklung: Druckmedien Speyer GmbH

Manuskripte/Beiträge: Die in den einzelnen Beiträgen wiedergegebenen Gedanken entsprechen nicht in jedem Falle der Ansicht des GEW-Vorstandes oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder zugemailte Daten wird keine Gewähr übernommen.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten, für Nichtmitglieder jährlich Euro 18,- inkl. Porto + MWSt. (Bestellungen nur beim Herausgeber) Kündigung 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres. Im anderen Falle erfolgt stillschweigend Verlängerung um ein weiteres Jahr.

Redaktionsschluss: jeweils der 1. des Vormonats

GEW - Zeitungen 2023

Ausgabe	Redaktionsschluss
3 / 23	01.02.23
4 / 23	01.03.23
5- 6 / 23	01.04.23
7- 8 / 23	01.06.23
9 / 23	01.08.23
10 / 23	01.09.23
11- 12 / 23	01.10.23

Schabronats ABC der GEW Heute: die Buchstaben X, Y + Z

X-Beine: Vorschlag für einen Lehrendenvortrag im Bio- und/oder Sozialkundeunterricht: Alle Frauen haben X-Beine, Männer XY-Beine. Daran sind ihre Gene schuld. Diverse haben entweder zwei X-Beine oder zwei XY-Beine. Y-Beine gibt es nicht, außer in dem kurzen Moment, in dem eine morgens aus Versehen zwei Beine in ein Hosenbein steckt. Ein Mann mit zwei X-Beinen ist genotypisch eine Frau. Außer Pierre Littbarski. Ich habe prinzipiell nichts gegen X-Beine. Aber das wird man doch wohl mal sagen dürfen.

Xenophobie: Die Angst vor dem Fremden kann Abwehrreaktionen provozieren. Das, was ich nicht kenne, könnte mich bedrohen, angreifen, mir etwas wegnehmen. Die Älteren unter uns erinnern sich vielleicht noch an die Steinzeit und die Reflexe, die das Fremde in uns Menschen seitdem auslöst. Eine Alternative, die der moderne Mensch hat, ist die Begegnung mit dem Fremden, die Angst durch Kennenlernen und Verstehen ersetzt. Faire Arbeitsbedingungen und faire Löhne muss man nicht mit Reflexen der Steinzeit bekämpfen, weil man sie in der Kita bislang nicht kennt. In der Schule herrscht Xenophobie gegenüber unbekannten Phänomenen wie kleinen Klassen, angemessener Eingangsbesoldung für Grundschullehrkräfte, ausreichender Versorgung der Schulen mit Lehrerstunden und multiprofessionellen Teams und in der Bevölkerung insgesamt vor Gesamtschulen. Wenn die Träger von Kitas, Schulen und Hochschulen ihre steinzeitlichen Angstreflexe gegenüber vernünftigen GEW-Vorschlägen überwinden und sich einmal auf das Unbekannte einlassen, auf ausreichende Finanzierung der Aufgabenbewältigung, sehen sie den Nutzen für das gemeinsame Ganze. Nur Mut!

Yoda: Wegbereiter der intergalaktischen Pädagogik er ist. Du als Lehrer (→) Weisheit benötigst aber auch Autorität gegenüber den Padawan.

Als es in den Raumschiffen noch keine Whiteboards gab: Yoda schickt R2D2 Kreide holen.

Foto: Karl Schabronat

Zäsur: Der Mercedes unter den Zäsuren ist die (→) Zeitenwende. Der Überfall auf die Ukraine ist eine Zeitenwende in Europa, der erste völkerrechtswidrige Angriffskrieg seit 1945 (sieht man von dem auf Jugoslawien 1999 ab. Aber der war ja auch keine Zeitenwende.) Zäsuren aber sind Schnitte. Bildungshistorische Zäsuren sind seltener: Der Caesar unter diesen Caesuren ist die sozialliberale Bildungsreform. Caesar war Popular, in der römischen Republik also dem Wohle der Bevölkerungsmehrheit verpflichtet. Folgerichtig ist die Rückgängigmachung der Errungenschaften dieser Reform, die neoliberale Wende in der Bildungspolitik, ein Programm der Optimaten, ebenso wie das bei uns herrschende Ständeschulsystem.

Zeitenwende: z.B. mit der Erfindung der Bronze ins Metallzeitalter, mit dem Untergang Roms und dem Siegeszug des Christentums ins Mittelalter, mit Buchdruck, Entdeckungen, Reformation und Renaissance in die Neuzeit. Mit Putin und der NATO in den Dritten Weltkrieg.

Der sprechende Hut der GEW ist Klaus Schabronats Ghostwriter.

Zensur: Der Zensor weist durch Begutachtung und Schätzung den römischen Bürger (masc.) einer bestimmten Klasse im römischen Ständestaat zu. Ähnliche Funktion haben Zensuren auch heute. Die Grundschulempfehlung ist der Schrift gewordene Zensor der Gegenwart.

Zentrale für politische Blendung: Was auch immer gerade die politische Linie der Bundesregierung ist, die ZfB hält in passenden Themenheften die passenden Informationen bereit und präsentiert die Welt in dazu passenden Zahlen und historischen Fakten, wie sie ihrer Meinung nach sein sollte. Auf diesem gesicherten Faktenhintergrund können im Unterricht dann die dazu passenden Folgerungen gezogen werden.

Zeugnis: Wenn ein Zeugnis Zeugenschaft über erbrachte Leistungen erbringt und dem Betreffenden Unglück (wenn die Eltern sagen: „Zeigma!“), haben wir ein Zeugma. Unsere Zeugnisse geben ihrerseits Zeugnis darüber, was für unsere Köpfe wichtig ist. Deswegen heißen die Noten in Verhalten (Gehorsam) und Mitarbeit (Fleiß) auch Kopfnoten.

Zukunft: Die Zukunft ist uns immer einen Schritt voraus. Die Landesregierung investiert darum lieber in die Schule der Zukunft als in die der Gegenwart, zwar kein Geld, aber immerhin viel Arbeit von Kolleginnen, die kostenlose Konzepte dafür entwickeln, wie wir die Probleme der Gegenwart, die wir heute nicht bewältigen, in einer Schule der Zukunft kostenneutral in den Griff bekommen sollen. Heute ist all unser Mühen im doppelten Sinne umsonst, anders als früher (→ Jugend): „Und auch die Zukunft ist nicht das, was sie mal war.“ (Adolf Tegtmeier, Philosoph)

Zweifel: Gesunde Skepsis ist meist ungesund. Meist versteckt sich bloße Unwissenheit dahinter (ungesund) und eher selten ein methodischer Zweifel, der Untersuchungen anregt und zur Überprüfung der Richtigkeit von Aussagen dient. Dann aber ist es kein denkmüder Zweifel mehr, sondern ein Instrument im Erkenntnisprozess (gesund). – Kommt in der Eifel ein Zweifel dazu, ist es praktisch schon ein Dreifel, hoffentlich ein methodischer. //

Zum Abschluss: Mit diesem Beitrag ist der Versuch, die GEW zu alphabetisieren, vorerst abgeschlossen.

Nachbetrachtung zur Weihnachtszeit

Kein Entkommen!

von Gabriele Frydrych

Beim ersten Versuch, Kommerz und sinnentleerten christlichen Feiertagen zu entfliehen, buchte ich zwei Wochen Tunesien. Ein muslimisches Land! Keine nackerten Spielzeugbabys in Krippen, keine wild drehenden Pyramiden aus dem Erzgebirge, keine handgeschnitzten Hirten und Schafe. Disco statt Besinnlichkeit! Meine Mutter war sauer. Sie wollte traditionsgemäß ihre vier Kinder Weihnachten an einem Tisch versammeln. Den 24. Dezember verbrachte ich am Meer, spielte mit ein paar Leuten Skat und las „Das Parfüm". Die Buchhändlerin hatte mir zugesichert, dass im Roman keine Christkinder oder Rentiere auftauchen würden. Als es im Hotel zum Abendessen ging, stand ein Weihnachtsmann (Ähnlichkeiten mit dem Hotelmanager rein zufällig) am Eingang und verteilte Dominosteine. Sämtliche Kellner trugen rote Mützchen, „leise rieselte der Schnee" aus den Lautsprechern und entzückte deutsche Touristen schleppten Gänsebeine vom Buffet. Ein riesiger Weihnachtsbaum verunstaltete die Tanzfläche. Frustriert ging ich früh zu Bett und verpasste die fröhliche Polonaise um den Baum.

Jahre später verschlug es uns nach Florida. Bei über 30 Grad gibt es keine Schneemänner und Kaminfeuer! Meine Schwiegermutter war sauer. Wessen Idee denn das sei, zu Weihnachten wegzufahren? Auf den Gedanken, ihr eingeborener Sohn könnte das gewesen sein, kam sie gar nicht. So abwegige Ideen haben nur angeheiratete Fremdlinge! Die studierende Tochter kam aus Süddeutschland angereist: „Weihnachten ist ein Familienfest", erklärte sie ihrem Vater voller Empörung. Alle ihre Kommilitonen würden jetzt bei den Eltern sein. Mein Partner kaufte sich frei, indem er Mutter und Tochter jeweils einen großen Weihnachtsbaum kaufte und schmückte, im KaDeWe für sie die teuerste Feinschmeckerplatte samt Eisbombe bestellte und einen heiligen Eid leistete, sie zu Weihnachten aus Florida anzurufen. Das hat er dann leider vergessen, denn am Weihnachtstag standen wir (in Badesachen) paralysiert vor einer amerikanischen Bungalowsiedlung: Überall brannten Lichterkerzen, Weihnachtsmänner aus Plastik erklommen Palmen und Balkone. Und die Bewegungsmelder versprühten kein Licht, sondern Schneegestöber und süßliche Melodien. Im Hotel trugen die Kellner Rentiergeweihe und auf der Tanzfläche drehte sich ein gigantischer Weihnachtsbaum. Wir versuchten es noch in Sibirien, da ist der 24.12. kein Feiertag, aber dort holten uns Wesen wie Väterchen Frost und Schneeflöckchen halt eine Woche später ein. Mit Kerzen und Geschenken.

In irgendeinem Dezember besuchte ich zwei Freundinnen, die ich jahrelang für Gleichgesinnte gehalten hatte. Das Wohnzimmer beherrschte ein monströser Weihnachtsbaum, geschmackvoll in Rot- und Goldtönen dekoriert. In jedem Fenster ein entzündeter Lichterbogen. Das Zimmer roch nach Lebkuchengewürz und Glühwein. Die eine Freundin stellte gerade Weihnachtskekse her. Die Küche sah aus wie ein Schlachtfeld. Überall Dekokrümel und knetbare und schmelzfähige Massen. Dazwischen thronte die Katze des Hauses, die gerade versuchte, sich ihrer roten Zipfelmütze zu entledigen. Die andere Freundin hantierte glücklich mit allerlei Filzteilen. Ich floh, bevor sie mir erklären konnte, dass sie daraus kleine Wichtel bastelte.

Wir geben uns geschlagen. Dann machen wir halt auch auf Weihnachten. Wir fahren in diesem Jahr nach Breslau, gehen am 24.12. feudal essen und am 25.12. in irgendein festliches Konzert oder ins Museum. Wie naiv. Polen ist ein Land, das Religion und Brauchtum schätzt. Zu Weihnachten wollen auch die Kellner heim zu ihren Familien. Wir finden kein einziges Restaurant, das geöffnet hat. Nur einen Döner-Imbiss mit integrierter Pizzeria. Wir sind die einzigen Gäste und starren schwermütig auf die geschlossenen Buden des Weihnachtsmarktes. Auf dem Heimweg ins Apartment finden wir noch ein Schnapsgeschäft, das geöffnet hat. Ansonsten liegt tiefe Ruhe über der Stadt. Alle sind daheim und backen und brauen für die Feiertage. Wir haben noch ein paar Reste von daheim und zwei Flaschen Wodka. Ich hole die Tüte mit meinen Geschenken aus dem Schrank. Mein Mann ist erstaunt: „Wir haben uns doch noch nie was geschenkt!" Er kauft mir nach den Feiertagen ein wenig polnische Volkskunst. Ich habe mir schon immer einen grünkarierten Elch gewünscht! Besinnliches Fest! //

Anmerkung der Redaktion: Wir sind schon gespannt auf das nächste Weihnachtsfest im Hause Frydrych!